

# **Internationale Ordnung und transatlantische Wahrnehmungen: Die medial vermittelte Interpretation der Darfur-Krise in den USA, Deutschland, Frankreich und Großbritannien<sup>1</sup>**

## **1 Globalisiertes Wissen?**

Die Erwartung, dass Menschen parallel zur Ausweitung der Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten umfassender und gleicher über nicht ihrem persönlichen Erfahrungsraum zugehörige Ereignisse Kenntnis besitzen, reicht bis zum Beginn moderner Reproduktionstechniken zurück. Einerseits definierten sich die aus anderen Sozialverbänden emanzipierenden Nationalstaaten mittels derer sich Gesellschaften auch als Rezipienten gleicher Medien organisierten, andererseits bildeten sich transnationale Gruppierungen und Parteien, die anstrebten, sich über die staatliche Fragmentierung hinweg zu binden.

Im Zuge der voranschreitenden Globalisierung, worunter wir diejenige Entwicklung verstehen, durch die Bereiche des sozialen Lebens so organisiert sind, dass die Faktoren Raum und Zeit gegen Null komprimiert werden, wurde die Er-

---

<sup>1</sup> Für Anregungen und Kommentare danken wir John Akude, Anna Daun, Christoph Hagen, Alexander Höse und Kai Oppermann.

wartung der Überbrückung nationaler Informationsbeschränkung auch auf diese neue Tendenz übertragen. Im Wissen um die eine Welt sollten sich die Informationsasymmetrien in den vom Prozess der Globalisierung erfassten Gesellschaften zunehmend egalisieren (Tehrani 1999: 191). Dieser Erwartung liegt zugrunde, dass Informationen, also Zeichen und Symbole, nunmehr grundsätzlich allen zugänglich und im Zuge weiterer technologischer Entwicklungen scheinbar unendlich und zu immer geringeren Kosten reproduziert werden können. Da niemand mehr effektive Kontrolle über Informationen ausüben (Ammon 2001), werde sich das entlang nationalstaatlich organisierter Gesellschaften fragmentierte Orientierungswissen auflösen und an diese Destruktion anschließend ein globales Wissen ausbilden.

Empirische Evidenz schien diese Prognose plötzlich aufzuweisen, als im Vorfeld des dritten Golfkrieges 2003 die machtpolitische Konstellation so dargestellt wurde, als stünde den USA die Weltöffentlichkeit gegenüber: Die wesentliche Funktion der Integration, die mit der Vermittlung von Informationen einhergeht, habe erstmals die Welt als Fokus der Berichterstattung gewählt; allein die amerikanische Öffentlichkeit sei vor dem Irakkrieg unter dem Einfluss ihrer eigenen Medien verblieben, weshalb die Unterstützung für den Krieg nur national hergestellt werden konnte (Tyler 2003). Als Beleg hierfür wurde unter anderem angeführt, dass es der amerikanischen Regierung gelang, die Anschläge vom 11. September 2001 mit der irakischen Führung ursächlich in Verbindung zu bringen und darüber hinaus die Existenz von Massenvernichtungswaffen im Irak für das heimische Publikum überzeugend zu behaupten (Hersh 2004). In anderen Gesellschaften gelang die Vermittlung dieser beiden Sichtweisen auf den "Krieg gegen den Terrorismus" nicht in ausreichendem Maß, weshalb keine mehrheitliche öffentliche Unterstützung für den Irakkrieg organisiert werden konnte. Dies ist – soweit es das Ergebnis betrifft – zwar richtig, jedoch liegt es nicht in der Existenz eines globalen Mediensystems begründet. Vielmehr trugen die unterschiedlichen politischen Positionen in den jeweiligen Eliten und die grundsätzliche Veränderung des Amerikabildes in den europäischen Gesellschaften dazu bei, dass der Irakkrieg abgelehnt wurde. Er wurde aber

in jedem Land aus nationalem Orientierungswissen heraus abgelehnt, das die unterschiedlichen Interpretationen der internationalen Entwicklungen jeweils spiegelte. In der diese Interpretationen tragenden Berichterstattung lag schon quantitativ der Austausch über die Positionen anderer Regierungen – mit Ausnahme der amerikanischen Administration – weit hinter der Darstellung der eigenen Regierung zurück.

Es sind die jeweils eigenen politischen und ökonomischen Restriktionen, die den Zugang zu den meinungsbildenden Massenmedien steuern. Damit wirken sie auch auf die Auswahl der Informationen und den Rahmen ein, in dem diese Informationen berichtet werden. Am Beispiel der Medienberichterstattung über die Flüchtlingskrise in der westsudanesischen Provinz Darfur soll in diesem Beitrag untersucht werden, inwieweit sich für diesen innerafrikanischen Konflikt im transatlantischen Vergleich eine einheitliche mediale Darstellung sowie eine gleichgerichtete öffentliche Wahrnehmung herausgebildet hat.

## **2 Informationen und Frames**

Integrierend auf und für eine Gesellschaft zu wirken, ist nicht der selbst gestellte Zweck der Medien – vielmehr ist dies eine notwendige Folge der unternehmerischen Gewinnerzielungsabsicht. Denn wer ein Auditorium oder eine Leserschaft erreichen will, muss die Wahl und Darstellung der Informationen an der erwarteten Aufmerksamkeitsverteilung ausrichten. Im Mediensystem werden Informationen gegen Aufmerksamkeit getauscht, wobei sowohl die Produktion der Informationsträger als auch die Befriedigung des durch erreichte oder hergestellte Aufmerksamkeit geweckten Interesses in Geld verrechnet wird (Winkler 2004). Insofern haben Informationen stets eine politische und eine ökonomische Seite, die den asymmetrischen Zugang von Informationen zum Mediensystem bestimmen.

Informationen müssen entsprechend mit der politischen Kultur einer Gesellschaft, ihren Traditionen und Werten, den jeweils vorherrschenden politischen Be-

dingungen und Stimmungen vereinbar sein, um das Interesse des Publikums zu erreichen (Graber 2002). Kulturell fremde oder mit der eigenen Gesellschaft unverbundene Informationen werden nur konsumiert, wenn sie Katastrophen beschreiben. Aber selbst dann findet in Deutschland die Darstellung einer deutschen Scherhundestaffel in einem türkischen Erdbebengebiet mehr Interesse als der Bericht über das Ereignis selbst. Wir haben diesen Effekt auch an anderer Stelle nachgewiesen (Jäger/Viehrig 2005). Gemäß der medienindustriellen Logik: "Simplifizieren, personalisieren, dramatisieren" müssen Informationen, die das heimische Publikum erreichen können, oder die als Quasi-Ereignis genau dafür hergestellt wurden, in einen entsprechenden Rahmen gesetzt werden.

Diese Frames fungieren als integrierender Faktor gesellschaftlicher Entwicklung, weil sie ein gemeinsames Wissen um die Bedeutung von Ereignissen, Akteuren und Strukturen generieren (für die Jugoslawien-Berichterstattung: Neu 2004). Je weiter die Ereignisse vom persönlichen Erfahrungsraum entfernt sind, desto schwieriger wird es für die Rezipienten, die vermittelten Informationen zu hinterfragen. Damit steigt auch der Handlungsspielraum zur Festlegung eines die Ereignisse verstehbar machenden Interpretationsrahmens. In diesen Darstellungen wird darüber entschieden, welche Sicht die jeweilige Bevölkerung auf die Welt und die sie tragende Ordnung hat. Die vermittelte nationale, handlungsleitende Rolle und selbstverständlich auch die Rollen, die anderen Staaten zugeschrieben werden, reproduzieren die Werte der eigenen politischen Kultur als allgemeine, global gültige Werte. Über die Medieninhalte wird Identitätspolitik vermittelt und durchgesetzt (Zurcher 1977; Altheide 2002).

Unter *framing* verstehen wir Auswahl und Einsatz von zeitlich überdauernden und sozial verankerten Interpretationsmustern, um Ereignisse aus einer bestimmten Perspektive zugänglich zu machen. Durch Betonung bzw. Vernachlässigung bestimmter Aspekte wird die Information in einem spezifischen Rahmen gebettet weitergegeben und wahrgenommen (Entman 1993: 54). Zum einen werden die Medien als Sender der Information ihr Produkt in einen Rahmen setzen, der den

größtmöglichen Anteil von Aufmerksamkeit auf sich zu vereinen verspricht. Zum anderen werden die Leser bzw. Zuschauer als Empfänger die erworbene Information im Rahmen ihres bereits vorhandenen Orientierungswissens verarbeiten. Die daraus folgende Festigung von Autostereotypen und nationalem Orientierungswissen liegt einerseits in der Struktur der Rezipienten begründet, die zur Vermeidung kognitiver Dissonanzen ihr Weltbild stabilisierende Produkte nachfragen. Andererseits nehmen sowohl Politik als auch Wirtschaft erheblichen Einfluss auf die Gestaltung und reduzieren dadurch die Rolle von Journalisten nachhaltig auf die Vermittlung politischer und ökonomischer Interessen von Einflussgruppen (Edwards 2001). Selbstverständlich ist dies zwischen einzelnen Medien sehr unterschiedlich ausgeprägt, entsprechend der inhaltlichen und technischen Bedingungen, der institutionellen Form sowie der Eigentums- und Weisungsverhältnisse.

Trotz dieser Abweichungen mussten aber alle Medien, obgleich in unterschiedlichem Maß, dem Irak-Krieg vorausgegangene Darstellungen über die Existenz von Massenvernichtungswaffen korrigieren und zugestehen, dass sie durch bestimmte politisch motivierte Darstellungen die gewünschten Frames übernommen und verstärkt haben bzw. dem Druck ökonomischer Akteure durch entsprechende Werbebudgets und zunehmend auch Informationszugang nachgegeben haben. Bob Woodward hat in diesem Zusammenhang sogar von einem Prozess des *groupthink* gesprochen (Kurtz 2004; zu *groupthink* vgl. Janis 1982<sup>2</sup>).

Medien, die sich den Zugang zu politischen und ökonomischen Akteuren und damit zu privilegierten Informationen verschließen und auf Werbeeinnahmen verzichten, können diesen Druck parieren – begleichen dies jedoch mit relativer Bedeutungslosigkeit. Die jeweiligen nationalen Medien – die großen Zeitungen, Zeitschriften, Radio- und Fernsehsender – hingegen, die schließlich den gesellschaftlich dominanten gemeinsamen Wissens- und Bedeutungsstand vermitteln, unterliegen zentral diesen Einflüssen. Die Bedeutung der medialen Verstärkungsleistung für das Begreifen der Gesellschaft von sich selbst und der Welt ist viel zu weitreichend, als dass die Elite nicht die Kontrolle der Kommunikation suchen

würde. Informationen und Frames sind nicht objektiv und unabsichtlich, sondern spiegeln die vorherrschenden politischen Interessen der Eliten aller Bereiche wider. Dies gilt nicht nur für die Interpretation der Gegenwart und der sich daraus manifestierenden Interessen für die Zukunft, sondern auch für das Wissen über die Konstruktion der Vergangenheit (Strauss 1974).

Medien setzen entsprechend die Agenda, indem sie vermitteln, was in einer Gesellschaft diskutiert werden soll. Ihre Funktion geht darüber hinaus, wenn ein fokussiertes Thema im Wettstreit der Alternativen zugespitzt und auf wenige Handlungsoptionen verengt wird. Dies gilt einerseits innerhalb eines nationalen Medienmarktes, aber auch in der Interaktion zwischen den Märkten. Die Dominanz der USA in den internationalen Beziehungen lässt sich deshalb auch daran messen, in welcher Relation Informationen und Interpretationen mit anderen nationalen Medienmärkten ausgetauscht werden. Später werden wir zeigen, dass die Aufmerksamkeit, die die politische Elite der USA in anderen nationalen Mediensystemen erfährt weit höher liegt als die Aufmerksamkeit, die amerikanische Medien anderen Regierungen zugestehen.

Wenn jedoch die Aufmerksamkeit der Gesellschaften auf die Reproduktion der jeweils eigenen Auto- und Heterostereotypen konzentriert werden kann, und ein Austausch der durch Medien vermittelten Wahrnehmungen und des dadurch generierten Orientierungswissens nicht stattfindet, entwickeln sich die Interpretationen der internationalen Ordnung und des in ihr angemessenen Verhaltens auseinander. Ein globales Mediensystem existiert nicht; das "um-die-Welt-wissen" der sozialen Verbände ist ebenso differenziert wie ihre politische und ökonomische Organisation und die substantiierenden Reproduktionskräfte der politischen Kultur.

### **3 Wahrnehmungskonflikte und Konsequenzen aus der Medienberichterstattung**

Aus unterschiedlicher Wahrnehmung der internationalen Ordnung muss kein Konflikt entstehen, solange die Eliten einen gemeinsamen Bestand an handlungsleitenden Normen und Regeln bei der Verfolgung ihrer Interessen einhalten. Ein Konflikt entsteht, wenn die Interessenrealisierung eines Staates erfordert, Norm- und Regeländerungen in der internationalen Ordnung vorzunehmen, die nicht durch einen Konsens der diese Ordnung gestaltenden Staaten getragen werden. Handelt es sich um einen weniger handlungsmächtigen Staat, werden die übrigen ihn zur Einhaltung der Regeln und Normen anhalten und im Zweifel zwingen können, anderenfalls wird er aus dem Kreis der diese Ordnung tragenden Staaten ausgeschlossen und erhält einen Paria-Status. Handelt es sich hingegen – und dies spiegelt die derzeitige Machtverteilung im militärischen und machtgestützten diplomatischen Bereich der internationalen Ordnung wider – um einen nicht einzuhegenden Staat, ist ein Konflikt unvermeidlich. Den übrigen Staaten bleibt lediglich die Wahl, die Norm- und Regeländerungen aufzunehmen oder mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zu versuchen, die früheren Grundlagen der internationalen Ordnung wieder herzustellen.

In diesem Prozess kommt den Medien insofern eine wichtige Bedeutung zu, als sie das Wissen der Gesellschaften um diese Ordnung und ihre Normen und Regeln vermitteln und prägen (Gilboa 2002: Kap. 1-6). Dies generiert das jeweilige nationale Orientierungswissen, aus dem die politische Legitimation der Regierungen gewonnen wird. Die Ordnungskonflikte können von demokratischen Regierungen nur dann ausgetragen werden, wenn die Gesellschaft von der Legitimität der jeweiligen Position überzeugt ist. Diese Legitimität muss der Gesellschaft im Interesse der politischen Elite durch die Medien verstärkt und vermittelt werden.

Unterschiedliche Wahrnehmungen der internationalen Ordnung waren in den transatlantischen Beziehungen eher die Regel als die Ausnahme. Beginnend mit

der britischen Position der dritten Kraft nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der französischen Position der *grande nation* über die Auseinandersetzungen um die Wiederbewaffnung Deutschlands bis hin zur Suez-Krise und dem amerikanisch-deutschen Streit über die europapolitischen Interessen der Sowjetunion in den achtziger Jahren: Die Liste der fundamental unterschiedlichen Interessen und einer darauf basierenden unterschiedlichen Wahrnehmung der internationalen Ordnung und der jeweils eigenen Positionen ist sehr lang. Allerdings bestand zur Interpretationsdifferenz der internationalen Ordnung nach 1991 ein wesentlicher Unterschied: Es handelte sich um Interpretationsunterschiede innerhalb des Westens (v. Laue 1987), also eines durch unterschiedliche politische, militärische und ökonomische Bündnisse verbundenen Allianzraumes mit gemeinsamer Bedrohung. Aus dieser gemeinsam wahrgenommenen Bedrohung (Bar-Tal 2000: 87ff.) folgten gemeinsame Interessen, die als unhintergebar galten und auch öffentlich oder – wie von Frankreich und Schweden nicht-öffentlich – verfolgt wurden. Mit dem Ende der gemeinsamen Bedrohung fiel diese Klammer, die Wahrnehmungsunterschiede zweitrangig werden ließ, weil den ersten Rang die jeweiligen nationalen Sicherheitsinteressen eingenommen hatten. Genau hierüber aber bestehen derzeit unterschiedliche Auffassungen zwischen den Staaten, die aus ihrer unterschiedlichen geopolitischen und geoökonomischen Lage resultieren und divergierende innenpolitische Interessen tragen. Über die Bedrohung der jeweiligen nationalen Sicherheit besteht kein Konsens im transatlantischen Raum und damit sind die gemeinsam wahrgenommenen sicherheitspolitischen Interessen derzeit auf ein schmales Band reduziert.

Wenn aber die gemeinsamen Interessen schwinden oder nicht mehr als handlungsleitend wahrgenommen werden, dann steigt die Bedeutung der medial vermittelten Einheit einer Gruppe von Gesellschaften. Wenn diese nicht erhalten wird, streben die medialen Reproduktionskräfte der politischen Kulturen auseinander und stabilisieren über die Zeit hinweg unterschiedliche Interpretationen der internationalen Ordnung.



## 4 Darfur und die internationale Medienberichterstattung

Die Darfur-Krise mit ihrer anhaltenden Gewalt und den stetig steigenden Opferzahlen hat in den internationalen Medien weitreichende und ausführliche Berichterstattung erfahren. Dennoch ist es bis zum jetzigen Zeitpunkt zu keinem international organisierten und die Gewalt effektiv eindämmenden Eingreifen dritter Akteure in diesen Konflikt gekommen.

Lediglich die Afrikanische Union hat zum Schutz der von ihr eingesetzten Friedensbeobachter ein Kontingent von bis zu 8.000 Soldaten für die Provinz Darfur vorgesehen, wovon bis jetzt schätzungsweise 4.500 Soldaten vor Ort eingetroffen sind (Die Zeit, NATO Update). Das Mandat von AMIS (*African Union Mission in Sudan*) beschränkt sich jedoch auf die Gewährleistung der Sicherheit von etwa 300 unbewaffneten Beobachtern, die die Einhaltung der ausgehandelten Friedensverträge in Darfur überwachen sollen.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat seit Beginn der Darfur-Krise sechs Resolutionen erlassen, die u.a. Sanktionen gegen die sudanesishe Regierung und ein Waffenembargo gegen die Dschandschawid und andere Milizionäre androhen. Beide Ziele sind noch nicht umgesetzt worden, allerdings werden die internationalen Beobachter und die zu ihrer Sicherheit abgestellte Schutztruppe in Transport und Ausbildung von NATO und Europäischer Union unterstützt (NATO Update, Auswärtiges Amt). Gleichzeitig versucht der UN-Sicherheitsrat die für den Nord-Süd-Konflikt im Sudan vorgesehenen Missionen UNMIS/UNAMIS auch noch mit assistierenden Aufgaben in Darfur zu betrauen. Die Debatte um die Entsendung von UNO-Truppen speziell für Darfur wurde jedoch lange Zeit von der Diskussion über die Zuständigkeit des Internationalen Strafgerichtshofes (ICC) im Darfur-Konflikt überlagert und hat vor diesem Hintergrund auch zu keiner befriedigenden Lösung gefunden. So waren Ende August 2005 lediglich 1.926 UNO-Blauhelme im gesamten Sudan stationiert (UNMIS).

Der Verlauf des Konflikts entfernt sich unterdessen immer weiter von den einstigen Konstellationen: Die anfänglich von der sudanesischen Regierung unterstützten Reitermilizen (Dschandschawid) entziehen sich zunehmend der Kontrolle der Zentralregierung und können von dieser auch nicht effektiv bekämpft werden. Die beiden zunächst gemeinsam gegen die Zentralregierung auftretenden Rebellengruppen – *Justice and Equality Movement* (JEM) und *Sudan People's Liberation Army/Movement* (SPLA/M) – verfolgten zwischenzeitlich unterschiedliche Ziele. Nichtregierungsorganisationen berichteten sogar von Überfällen auf Hilfslieferungen durch ebendiese Rebellengruppen (Süddeutsche Zeitung, 5.1.2005; NZZ, 12.3.2005). Zuletzt kam es auf Initiative des libyschen "Revolutionsführers" Muammar al-Gaddafi in Tripolis zu einem Versöhnungsabkommen zwischen SPLA/M und JEM (NZZ, 18.7.2005). Noch nicht abzuschätzen sind auch die Auswirkungen des plötzlichen Todes von John Garang – dem ehemaligen Anführer der SPLA/M und Vizepräsident des Sudans – auf die neuesten Friedensverhandlungen in Abuja/Nigeria.

Außer den Bemühungen der Afrikanischen Union hat jedoch bislang keine der übrigen Internationalen Organisationen die Bereitschaft zu einem militärischen Einsatz gezeigt. Auch in den Ländern Frankreich, Großbritannien, USA und Deutschland zeichnet sich keine gemeinsame Anstrengung zur Lösung der Krise ab; die Staaten handeln jeweils gemäß ihrer eigenen nationalen bürokratischen oder öffentlichen Anforderungen.

Entscheidend für das Entstehen der jeweiligen nationalen Positionen ist aus unserer Sicht die Medienberichterstattung, die die fernab jeglicher persönlichen Erfahrung existierenden Geschehnisse für das heimische Publikum erfahrbar macht und dadurch das Entstehen und die Richtung des öffentlichen Handlungsdrucks steuert. Die Wirksamkeit einer solchen Steuerung konnte bereits am Beispiel der Tsunami-Berichterstattung nachgewiesen werden (Jäger/Viehrig 2005).

In der vorliegenden Untersuchung wurden anhand der führenden nationalen Printmedien der Länder Frankreich, Großbritannien, USA und Deutschland we-

sentliche Frames der Medienberichterstattung zum Thema Darfur identifiziert. Die Untersuchung wurde von folgenden Fragen geleitet: (a) Welche Frames dominieren die Medienberichterstattung und welche Frames kamen nicht zum Einsatz? (b) Weisen die identifizierten Frames Fragmentierungen entlang nationalstaatlicher Grenzen auf? (c) Begünstigt oder behindert die Medienberichterstattung unter Berücksichtigung ihrer Wirkung auf die öffentliche Meinung eine rasche und effektive Lösung der Krise?

Unserer Forschungshypothese lautet: Im transatlantischen Vergleich verläuft die Medienberichterstattung heterogen, da die Medien das jeweilige nationale Publikum ansprechen bzw. lediglich den nationalen und für den Produktabsatz relevanten Aufmerksamkeitsmarkt bedienen. Dadurch kommt es zu einer international uneinheitlichen Wahrnehmung der Darfur-Krise, wodurch das Entstehen eines gleichgerichteten Handlungsdrucks auf die Regierungen der westlichen Länder unterbunden wird.

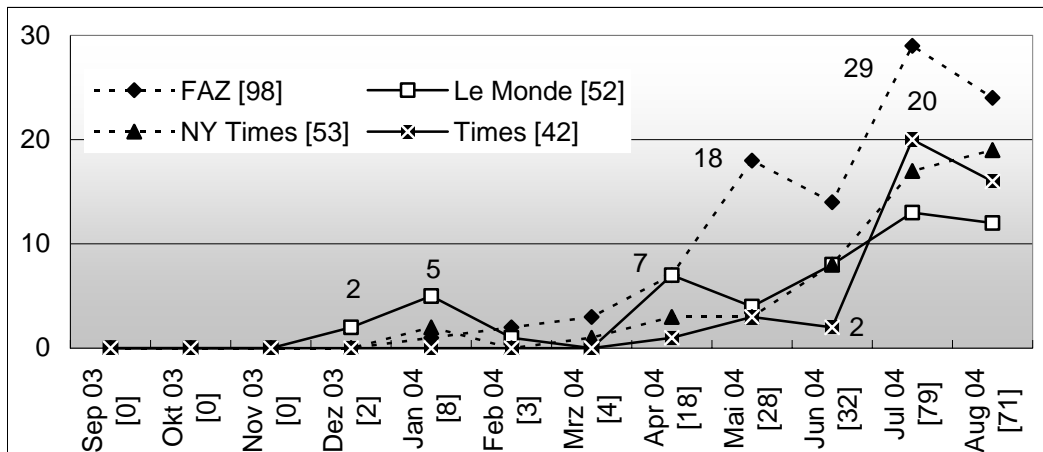
Begonnen wurde unsere Untersuchung zunächst mit einer Frequenzanalyse zur Feststellung des Ausmaßes der Medienberichterstattung. Nachfolgend wurden verschiedene Frames durch Einzelüberprüfung jedes Artikels identifiziert und zwischen den vier untersuchten Ländern verglichen. Zur abschließenden Kontrolle der ermittelten Frames wurde eine schriftliche Befragung zur deutschen Medienrezeption durchgeführt und gemeinsam mit Umfragedaten für die USA den Ergebnissen der Medienanalyse gegenübergestellt.

## 4.1 Frequenzanalyse

Zur quantitativen Messung der Berichterstattung über die Darfur-Krise wurde für jedes der vier Länder die führende nationale Tageszeitung im Untersuchungszeitraum September 2003 bis August 2004 ausgewertet (für Frankreich *Le Monde*, für Großbritannien *The Times (London)*, für die USA *The New York Times* und für Deutschland die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*). Maßgeblich für die Auswahl der untersuchten Beiträge war das Vorkommen des Suchbegriffes "Darfur" bzw. "Dar-

four" im Titel oder in der Einleitung des Artikels im Bestand der Datenbank Lexis-Nexis.<sup>2</sup> Insgesamt ergab sich eine Analysegrundlage von 245 Artikeln.

**Abbildung 1** Verteilung ausgewerteter Artikel [N=245]



Eigene Auswertung; September 2004

Der zeitliche Verlauf der Medienberichterstattung ist von beträchtlichen quantitativen Schwankungen gekennzeichnet. So hat in den Monaten September bis November 2003 keine der ausgewählten Tageszeitungen einen Artikel über den Darfur-Konflikt veröffentlicht.<sup>3</sup> Im Dezember 2003 begann *Le Monde* als erste Zeitung, das Thema mit zwei Artikeln auf die Agenda zu setzen. Im Januar 2004 schlossen sich *NY Times* und *FAZ* an und berichteten verhalten über die bereits vollzogenen Gewalttätigkeiten. In einer späteren Ausgabe nimmt *Le Monde* ausdrücklich Bezug auf frühere Agenda-Setting-Tätigkeiten:

"...On sait ce qui se passe dans la région soudanaise du Darfour, où *Le Monde* a été l'un des rares quotidiens à se rendre en janvier..." (*Le Monde*, 26. April 2004).

Ab März 2004 kann bei allen analysierten Tageszeitungen ein Ansteigen der Medienberichterstattung zur Darfur-Krise festgestellt werden. In der Summe weist die

2 Doppelt eingespeiste Artikel wurden nur einmal in die Analyse einbezogen; Leserbrief und Pressehauen wurden nicht berücksichtigt. Irrelevante Artikel, die den Suchbegriff "Darfur" in einem anderen Zusammenhang als dem derzeitigen politischen Konflikt erwähnen, wurden ebenfalls ignoriert.

3 Im Friedensgutachten 2004 findet sich jedoch folgende Erwähnung des Darfur-Konflikts: "In der westlichen Grenzregion Darfur bricht im Frühjahr 2003 ein neuer Konflikt aus. Die dortigen Rebellen kämpfen um Autonomie und eine verbesserte Förderung der vernachlässigten Region durch die Zentralregierung." (Weller 2004: 304).

FAZ trotz Ausschluss aller doppelt eingespeisten Beiträge mit 98 Artikeln die größte Zahl von Veröffentlichungen zum Thema Darfur auf. Der Höhepunkt der Medienberichte liegt im Juli 2004. Zu diesem Zeitpunkt berichten alle Blätter (mit Ausnahme der *NY Times*) am häufigsten über die Darfur-Krise. Den steilsten Anstieg der Artikelanzahl (von 2 auf 20 Artikel) verzeichnet hierbei die *Times (London)*.

Die Platzierung der durch die Stichwortsuche erhaltenen Artikel innerhalb der untersuchten Medien fand zum größten Teil in den Rubriken *Politik* (FAZ, 91 von 98 Artikeln), *International* (*Le Monde*, 42 von 52 Artikeln), *Foreign Desk* (*NY Times*, 41 von 53 Artikeln) und *Overseas News* (*Times (London)*, 24 von 42 Artikeln) statt. *Le Monde* widmete dem Thema Darfur einen Kommentar, die *NY Times* veröffentlichte dazu acht Kommentare im *Editorial Desk*. Für die weitere Analyse flossen jedoch Länge und Platzierung der Nachricht nicht in die Bewertung der Medienberichterstattung ein – ausschlaggebend war letztlich die Erwähnung des Themas "Darfur" in den analysierten Medien.

## 4.2 Frames der Darfur-Krise

Um die Inhalte der Medienberichterstattung vergleichbar zu machen, wurden ausgehend von einem qualitativen Ansatz der Medienanalyse (Altheide 1996) alle ausgewählten Artikel einzeln überprüft, die wesentlichen Konfliktbeschreibungskategorien (Codes) herausgearbeitet und den Kategorien die entsprechenden Textstellen (Codings) zugeordnet. Da die wichtigsten Frames zu Beginn eines Artikels gesetzt werden (Bonfadelli 2002: 148), wurden bei dieser Studie nur die Inhalte der Überschriften, der Untertitel sowie des ersten Textabschnitts untersucht. Die Bestimmung der Codes erfolgte induktiv (Semetko/Valkenburg 2000), d.h. es standen zunächst drei Hauptaspekte des Konfliktes im Vordergrund: Die Art des Konflikts (1), die Konfliktursache (2) sowie eine mögliche Konfliktlösung (3). Diese Oberkategorien wurden anschließend in acht Codes untergliedert, um eine möglichst genaue und vergleichbare Erfassung der Medieninhalte zu gewährleisten.

(1) Um die Art des Konflikts zu erfassen, wurden folgende Codes gebildet:

- *Konfliktbenennung* (Welche Bezeichnung verwenden die Verfasser, um den Konflikt zu benennen?)<sup>4</sup>
- *Verantwortlichkeit* (Wem wird die Schuld an den berichteten Missständen zugeschrieben?)
- *Auswirkungen* (Wie werden die Auswirkungen des Konflikts beschrieben?)
- *Konfliktparteien* (Welche rivalisierenden Gruppen werden erwähnt?)

(2) Der Code *Konfliktursache* wurde nur dann erfasst, wenn der Artikel auf tiefer liegende Gründe für den beschriebenen Konflikt eingeht. Es ist daher zu unterscheiden, ob sich die Meldungen auf die zum Teil sensationsgeladene Beschreibung von Gräueltaten beschränken (meist einhergehend mit Zuweisung von Verantwortung) oder ob die Geschehnisse in einem Rahmen komplexer Ursachen berichtet werden.

(3) Mögliche in den Medien erwähnte Lösungen der Darfur-Krise bilden den dritten Kategorienschwerpunkt. Die Beschreibung menschlich herbeigeführter Missstände impliziert in nahezu jedem Fall, dass dem Leser eine Lösung des Problems aufgezeigt wird. Diese Empfehlungen wurden durch drei Codes erfasst:

- *Lösungsvorschlag* (Welcher Ausweg aus der Krise wird vom Verfasser des Artikels thematisiert?)
- *Appelle* (Wird an bestimmte Akteure appelliert, sich für eine Lösung einzusetzen?)
- *Lösungsbeteiligte Akteure* (Welche Akteure werden im Zusammenhang mit der Lösung des beschriebenen Konflikts erwähnt?)

Jedem dieser acht definierten Codes wurde pro Artikel höchstens ein Coding, d.h. eine Textstelle zugeordnet. Die Grundregel für die Zuordnung von Textstellen war dabei die Orientierung an der Reihenfolge der relevanten Textstellen innerhalb ei-

---

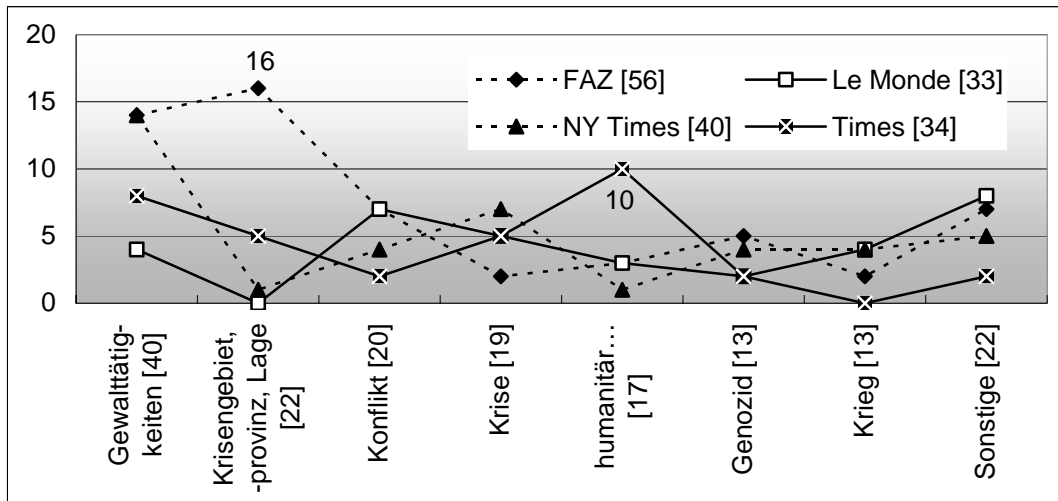
4 Eine detaillierte Aufschlüsselung des Codierprozesses (Codebuch) sowie die tatsächlichen Codierungen für diese Studie sind unter <http://www.jaeger.uni-koeln.de/index.php?id=forschung> abrufbar.

nes Artikels. Darstellungen, die in der Überschrift oder in der Einführungszeile erscheinen, haben einen höheren Informationswert und wurden daher gegenüber den im Haupttext erscheinenden Frames bevorzugt (Bonfadelli 2002: 148). In den 245 relevanten Artikeln wurden den acht beschriebenen Codes insgesamt 805 Codings zugewiesen.

#### 4.2.1 Art des Konflikts

Der Code *Konfliktbenennung* wurde in 163 von 245 Artikeln verwendet; in den übrigen 82 Artikeln wurde zwar über die Geschehnisse in Darfur berichtet, jedoch fand keine explizite Bezeichnung des Konflikts statt. Am häufigsten wurde der Konflikt mit "Gewalttätigkeiten" umschrieben (40 Artikel; Abb.2). Dazu haben wir auch Beschreibungen wie "Übergriffe", "Vertreibungen", "Angriffe" und "Gräueltaten" gezählt. Die *NY Times* berichtet vergleichsweise häufig in diesem "Gewalt-" Rahmen (in 14 von 40 Artikeln); die *FAZ* bezeichnet hingegen – ein sichtbar deutsches Phänomen – den Konflikt als Krisen-Schauplatz ("Krisenregion", "Krisenprovinz"). Die britische *Times* verwendet außerdem in 10 von 34 Artikeln die Umschreibung "humanitär..." – z.B. "humanitäre Katastrophe". Dies ist ein erster Hinweis darauf, dass im britischen Leitmedium der Konflikt vor allem als humanitäres Desaster in Anlehnung an den Völkermord von Ruanda dargestellt wurde. Offensichtlich sollte durch die Vermeidung von Kriegsmetaphern jegliche Ähnlichkeit mit den Beschreibungen des Irak-Kriegs vermieden werden.

Abbildung 2 Konfliktbenennung [N=163]



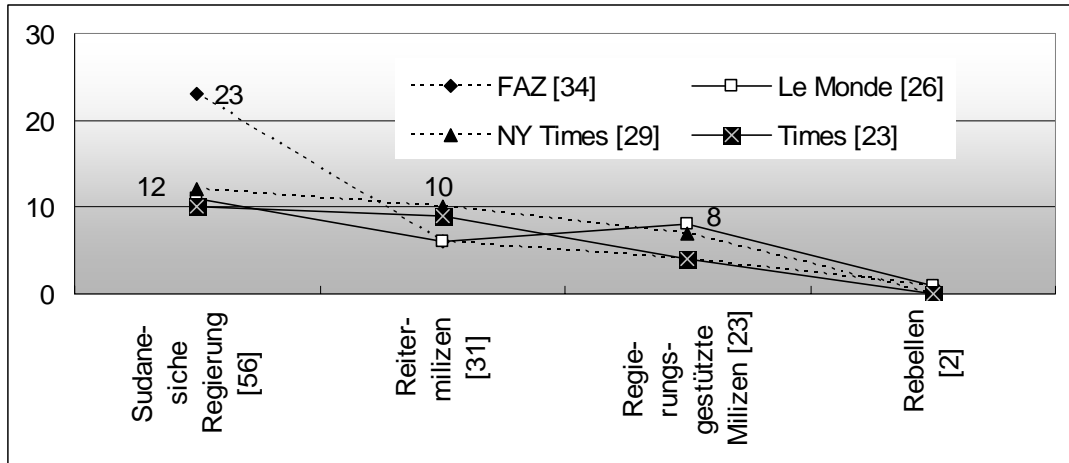
Eigene Auswertung; September 2004

Insgesamt wurde der Konflikt in den betrachteten Tageszeitungen höchst diffus definiert – das zeigt sich darin, dass keine der betrachteten Tageszeitungen häufiger als vier Mal die Bezeichnung "Krieg" verwendet, sondern eher mit interpretationsoffenen Umschreibungen wie "Gewalttätigkeiten" oder "Krisengebiet" arbeitet. Die vor der UNO geführte Debatte über die Bezeichnung des Konflikts als "Genozid" findet zwar in den Medien ausreichend Beachtung (Straus 2005), jedoch bezeichnen die Autoren den Konflikt in nur 13 Artikeln aktiv als Genozid.

Im Gegensatz zu den diffusen Konfliktbenennungen weisen alle vier betrachteten Zeitungen Einigkeit in der Frage der *Verantwortlichkeit* für die Krise auf: Der sudanesischen Regierung wird in 50 Prozent aller Artikel die Schuld für die Missstände zugeschrieben. Am deutlichsten sticht hierbei die *FAZ* mit 23 von 34 Artikeln hervor (Abb. 3).



Abbildung 3 Verantwortlichkeit [N=112]



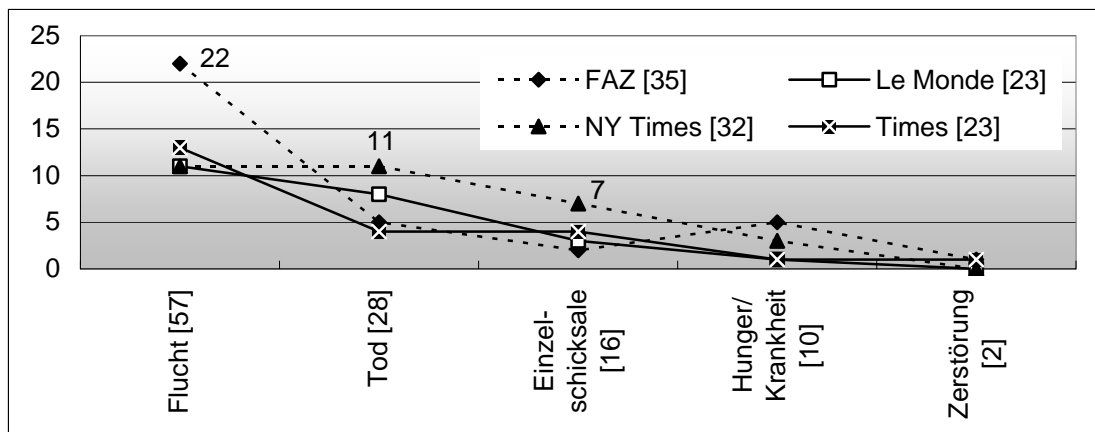
Eigene Auswertung; September 2004

Andererseits werden auch die Reitermilizen (Dschandschawid) als Verantwortliche für die beschriebene Gewalt genannt. Die betrachteten Artikel unterscheiden hierbei zwischen der bloßen Nennung der Reitermilizen (31 Artikel) und der Erwähnung dieser Gruppe in Verbindung mit der sudanesischen Regierung ("regierungsgestützte Milizen"; 23 Artikel). Der konsequente Verweis auf die Verbindung der Milizen zur Regierung in Khartum verstärkt den ohnehin klaren Trend der Schuldzuweisung an die sudanesischen Regierung. Für den Code *Verantwortlichkeit* ist an dieser Stelle im transatlantischen Vergleich ein einheitliches *framing* in der Medienberichterstattung nachweisbar. Da die untersuchten Medien die gleiche Verantwortungszuweisung für das Übel ausgemacht haben, ist ein wichtiger Baustein für eine einheitliche Wahrnehmung der Darfur-Krise gegeben: Ein gemeinsamer Gegner.

Die beschriebenen *Auswirkungen* des Darfur-Konflikts beziehen sich zum allergrößten Teil auf die Leiden der Zivilbevölkerung. Obwohl die meisten Zeitungen stets mehrere Auswirkungen in ihren Artikeln beschreiben, wurde hier aus methodischen Gründen jeweils nur die erstgenannte Wirkung codiert. Am häufigsten wird die Flucht von Hunderttausenden von Einwohnern Darfurs in den Tschad geschildert (in 57 von 113 Artikeln). Offensichtlich löste die Ankunft dieser Flüchtlingsmassen in einem anderen Land die Internationalisierung der Darfur-Krise aus

und bot damit den entscheidenden Anlass für den Beginn der internationalen Medienberichterstattung.

**Abbildung 4 Auswirkungen [N=113]**



Eigene Auswertung; September 2004

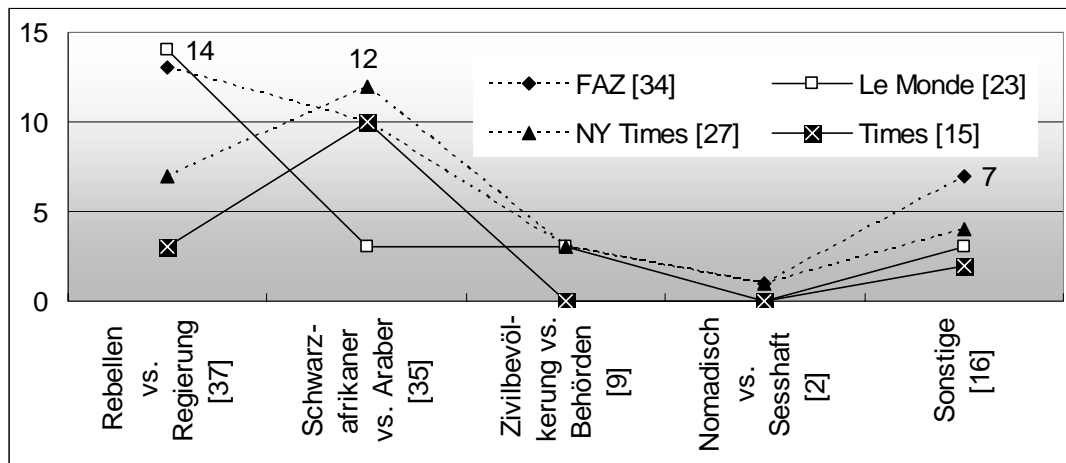
In der Berichterstattung der *NY Times* wurde am häufigsten mit dem *framing* anhand von Einzelschicksalen gearbeitet. Sieben Artikel über die Darfur-Krise aus dieser Tageszeitung beschäftigten sich mit den Leiden einzelner, teils namentlich genannter Opfer von Vertreibung und Gewalt. Diese Schilderungen wurden von der *NY Times* prominent auf den Kommentarseiten platziert, um die Dringlichkeit des Problems zu unterstreichen und um die Öffentlichkeit noch stärker zu sensibilisieren.

Die bisher analysierten Punkte zeigen, dass die Geschehnisse in Darfur von den betrachteten Zeitungen nicht als Krieg, sondern als innerafrikanischer Konflikt mit verheerenden humanitären Folgen dargestellt werden. Besonders dominiert die Beschreibung der Auswirkungen für die Zivilbevölkerung ("Flucht") und die einheitliche Schuldzuweisung an die sudanesisische Regierung. Später wird sich zudem zeigen, dass es kein klares *framing* der Konflikt-Ursachen gab (Abb. 6), obwohl ein deutlicher Unterschied hinsichtlich der dominanten Konfliktparteien zwischen der britischen und amerikanischen einerseits sowie der deutschen und französischen Zeitungsberichterstattung andererseits festgestellt werden konnte (Abb. 5).

Wesentlich für das Verständnis eines außerhalb des persönlichen Erfahrungsbereichs liegenden Konflikts ist die Darstellung der rivalisierenden Gruppen.

Aus Gründen der journalistischen Dramatisierung wird die Vielfalt dieser Gruppen meist auf zwei *Konfliktparteien* verengt, so dass den Rezipienten unmittelbare Rückschlüsse auf die bestehenden Konfliktlinien und die Natur des Konflikts ermöglicht werden. Am häufigsten wurden in den betrachteten Medien die Konfliktparteien "Rebellen vs. Regierung" genannt (in 37 von 99 Artikeln). Nahezu ebenso häufig wurden die Konfliktparteien "Schwarzafrikaner vs. Araber" erwähnt. Auffällig ist hierbei, dass die englischsprachigen Zeitungen *Times* und *NY Times* deutlich häufiger die rivalisierenden ethnischen Gruppen ("Schwarzafrikaner vs. Araber") betonen, während *Le Monde* mit der überdurchschnittlich häufigen Nennung von "Rebellen vs. Regierung" den Konflikt als Teil eines afrikanischen Bürgerkriegs darstellt. An dieser Stelle zeigt sich deutlich die angelsächsische Einigkeit von *NY Times* und *Times (London)* mit einem einheitlichen ethnischen Frame im Gegensatz zur Darstellung der kontinentaleuropäischen Medien *FAZ* und *Le Monde*, die mehrheitlich den Bürgerkriegs-Frame wiedergeben.

Abbildung 5 Konfliktparteien [N=99]



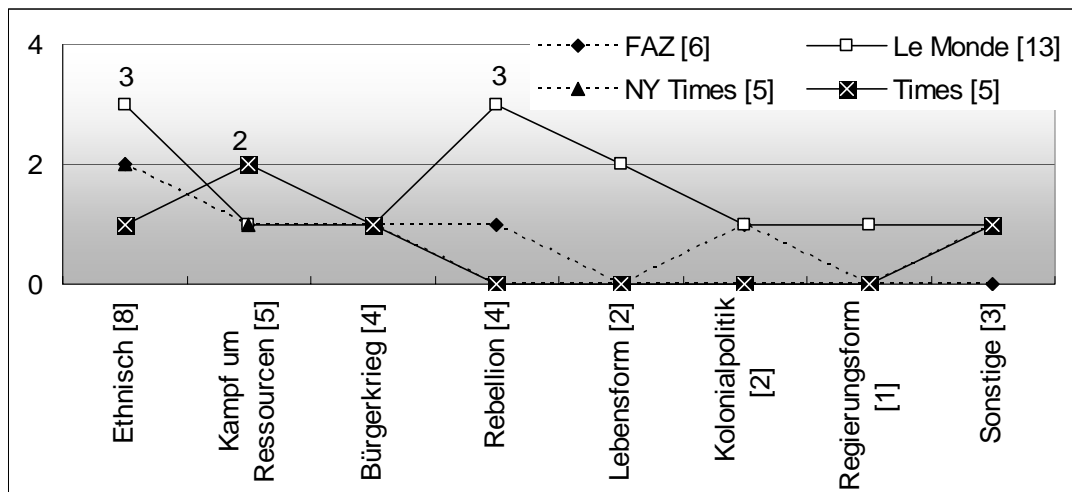
Eigene Auswertung; September 2004

Als kritisch erwies sich beim Codieren die Einordnung der häufig erwähnten Reitermilizen (Dschandschawid). Diese wurden in allen Artikeln mit dem Attribut "arabisch" aufgeführt, und meist auch als Gegner der "schwarzafrikanischen Zivilbevölkerung" dargestellt. Daher wurde die Erwähnung der Reitermilizen als Konfliktpartei unter dem Coding "Schwarzafrikaner vs. Araber" erfasst.

#### 4.2.2 Konfliktursache

Systematisch unterbelichtet bleiben die Ursachen des Darfur-Konflikts. Nur 29 von 245 Artikeln verweisen in den Überschriften, Untertiteln und Einleitungsparagrafen auf die tiefer liegenden Ursachen des Konflikts. Dies zeigt, dass der Fokus der täglichen Berichterstattung während des untersuchten Zeitraums primär auf den unmittelbar sichtbaren Auswirkungen für die leidende Zivilbevölkerung lag bzw. sich auf die reine Vermittlung von Informationen mit hohem Neuigkeitswert beschränkte.

Abbildung 6 Konfliktursache [N=29]



Eigene Auswertung; September 2004

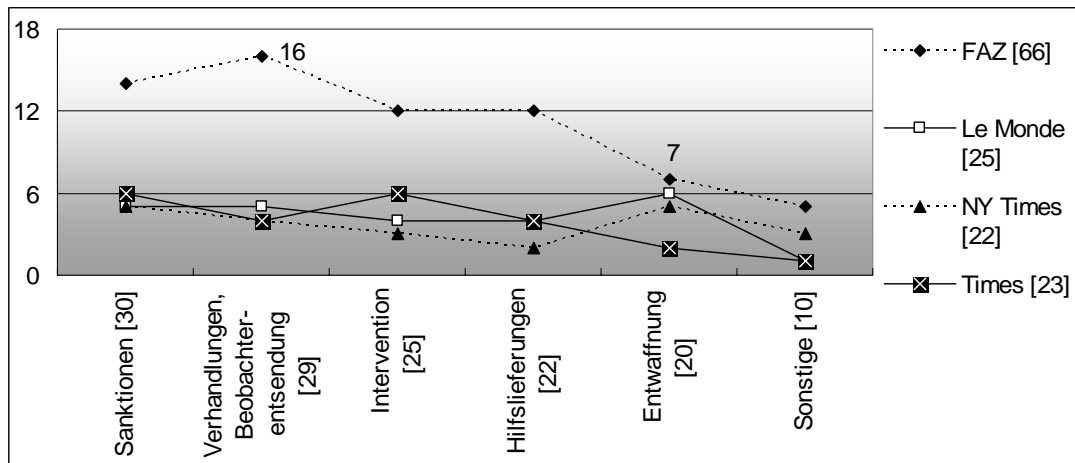
*Le Monde* geht noch am häufigsten auf die Konfliktursachen ein und sieht diese entweder "ethnisch" begründet oder in "Rebellion".<sup>5</sup> Für die Darstellung komplexer Konfliktursachen konnte im Fall der Darfur-Krise nicht genügend Raum und Aufmerksamkeit erzeugt werden. Wenn nun aber im internationalen Vergleich die gemeinsame Wahrnehmung bzw. überhaupt die Wahrnehmung der eigentlichen Konfliktursachen ausbleibt, ist auch nicht mit der Darstellung eines einheitlichen Lösungsvorschlags zu rechnen.

5 Die Kategorien "Bürgerkrieg" und "Rebellion" sind strenggenommen keine eigentlichen Konfliktursachen. Die Identifizierung der Kategorien in dieser Studie erfolgte jedoch induktiv, d.h. aus den untersuchten Artikeln heraus und spiegelt somit die Behandlung des Themas in den Medien wider.

### 4.2.3 Konfliktlösung

Über die Hälfte aller analysierten Artikel (136 von 245, Abb. 7) erwähnt einen Vorschlag, wie der Darfur-Konflikt gemildert oder gelöst werden kann. Führend in dieser Kategorie ist die *FAZ* mit 66 Artikeln. Sie favorisiert meist friedliche Lösungen, die unter "Verhandlungen, Beobachterentsendung" erfasst wurden. International am häufigsten wurden "Sanktionen" als Lösungsmöglichkeit vorgeschlagen (30 Artikel), aber auch "Verhandlungen" (29 Artikel) sowie das Entsenden einer "Interventionstruppe" (25 Artikel).

Abbildung 7 Lösungsvorschlag [N=136]



Eigene Auswertung; September 2004

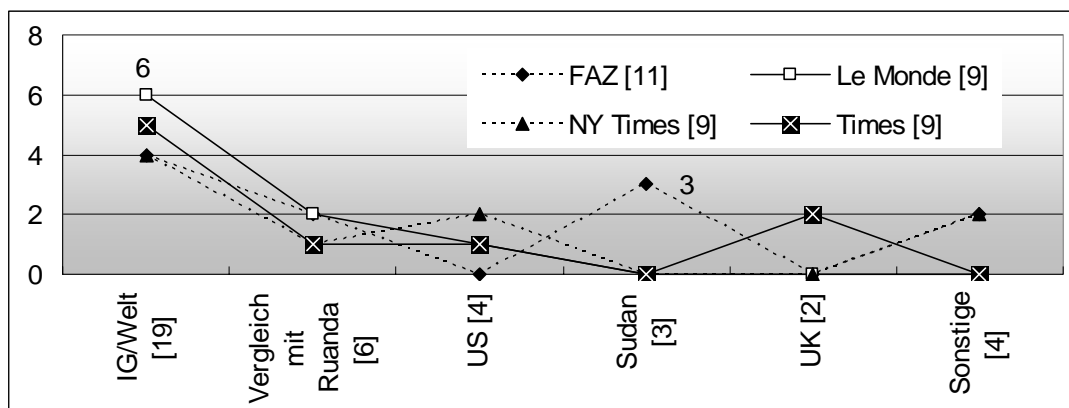
Die Diskussion um eine Lösung der Darfur-Krise nimmt in den betrachteten Medien einen großen Raum ein – das belegt die hohe Anzahl an Artikeln. Die einzelnen Lösungsvorschläge werden außerdem kontrovers diskutiert – das zeigt sich an der Vielfalt der vorgeschlagenen Lösungen. Allerdings ist es für die Herstellung von öffentlicher Zustimmung zugunsten einer bestimmten Lösungsvariante unerlässlich, die vielen möglichen Vorschläge auf eine Option zu verengen. Diese Fokussierung auf *eine* Lösungsmöglichkeit hat in der internationalen Medienberichterstattung zur Darfur-Krise nicht stattgefunden. Es ist auch nicht nachzuweisen, dass in den einzelnen Ländern jeweils eine bestimmte Lösung deutlich favorisiert wird, so wie dies im Vorfeld des Irak-Kriegs der Fall war. Damit entfällt erstens die Vermitt-

lung von Dringlichkeit, zweitens die notwendige Mobilisierung der Öffentlichkeit und drittens – wie die Realität zeigt – der politische Output zur Lösung der Krise.

Angesichts der stagnierenden Verhandlungen, der wachsenden Anzahl von Flüchtlingen sowie der besorgniserregenden Berichte von Hilfsorganisationen ist zu erwarten, dass sich in den Medien verstärkt Aufrufe zur Lösung der Krise nachweisen lassen. In der Sichtung der einzelnen Artikel, die sowohl Berichte als auch Kommentare umfassen, ließen sich jedoch nur in 38 von 245 Fällen konkrete *Appelle* zur Beilegung des Konflikts ausmachen (Abb. 8).

Quantitativ verteilen sich die Appelle relativ gleichmäßig zwischen den vier betrachteten Publikationen. Gleichzeitig scheint es in der internationalen Medienberichterstattung einen breiten Konsens darüber zu geben, dass bei Krisen im fernen Ausland zunächst an die "Welt" bzw. die "Internationale Gemeinschaft" appelliert wird. Alle analysierten Tageszeitungen haben dieser diffusen Institution überproportional häufig eine Aufforderung zur Lösung der beschriebenen Probleme zugebracht. Die insgesamt wenig konkrete Delegation von Handlungskompetenz (auch der "Vergleich mit Ruanda" zielt letztlich auf einen Appell an die "Weltgemeinschaft") zeigt, warum die Medien für die Darfur-Problematik zwar Aufmerksamkeit, aber keinen öffentlichen Druck auf die politischen Entscheider herstellen konnten.

**Abbildung 8 Appelle [N=38]**



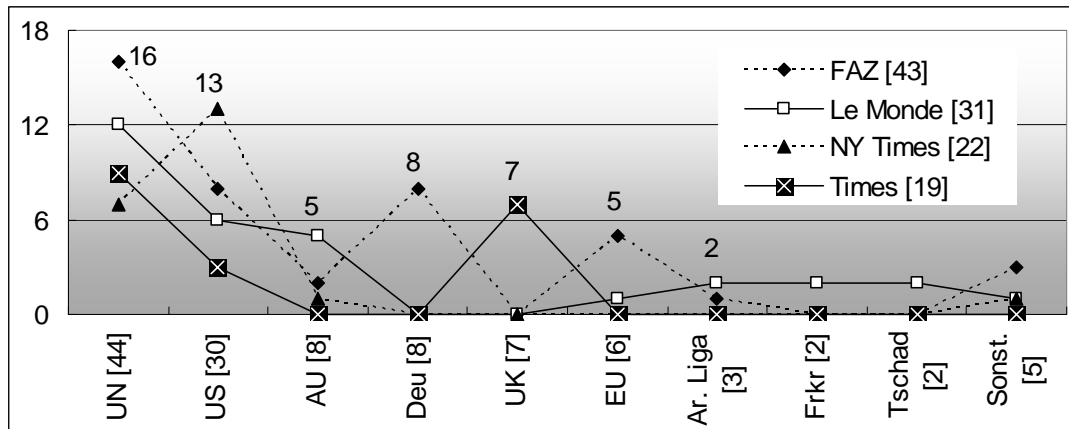
Eigene Auswertung; September 2004

Die US-Regierung, die britische Regierung und die Regierung des Sudan sind weitere Adressaten der Medienappelle. Es entspricht unseren Erwartungen, dass im US-amerikanischen Leitmedium die US-Regierung angesprochen wird und die *Times* die britische Regierung zum Handeln aufruft. Hingegen ist die *FAZ* die einzige Tageszeitung, die die zuvor als Hauptverantwortliche für die Gewalttätigkeiten identifizierte sudanesishe Regierung auch konkret in drei Artikeln zum Handeln auffordert. Insgesamt ist die Zahl der Artikel mit Appellen jedoch zu gering, um daraus auf dauerhafte Muster zu schließen. Die sachliche (aber dennoch subjektiv gefärbte!) Berichterstattung über den Verhandlungs- und Krisenlösungsprozess dominiert gegenüber dem aktiven Aufruf zur Konfliktbewältigung.

Die Diskussion der verschiedenen Lösungsalternativen beinhaltet in den meisten Fällen die Erwähnung dritter *Akteure*, die sich um eine Lösung der Krise bemühen (Abb. 9). Normalerweise gehen diese Berichte mit einer positiven Einschätzung dieser dritten Akteure einher. Es überrascht also nicht, dass die betrachteten europäischen Zeitungen die Vereinten Nationen am häufigsten erwähnen, während die *NY Times* vor allem die US-Regierung als lösungsbeteiligten Akteur im Konfliktbewältigungsprozess darstellt.

Darüber hinaus fokussiert jede Tageszeitung die eigenen nationalen Akteure. Am geringsten ist diese Tendenz bei *Le Monde* ausgeprägt – dafür wird dort die Afrikanische Union im Zusammenhang mit der Krisenlösung häufiger als die französische Regierung erwähnt. *Le Monde* nennt auch das ehemalige französische Kolonialterritorium Tschad, welches von keiner anderen Tageszeitung in die Konfliktlösung eingebunden ist, in zwei Artikeln als Lösungsbeteiligten.

Abbildung 9 Lösungsbeteiligte Akteure [N=115]



Eigene Auswertung; September 2004

Die Darfur-Berichterstattung zeigt die Einbindung des international berichteten Ereignisses in einen national verständlichen Rahmen durch die Beschreibung der Rolle der eigenen Politiker im Problemlösungsprozess. Nicht nur die Benennung, die Parteien, die Ursache und die Lösungsvorschläge für den Konflikt verlaufen im internationalen Vergleich unterschiedlich, auch die Rolle der um die Lösung der Krise bemühten Akteure wird lediglich innerhalb der nationalen Wahrnehmungsgrenzen wiedergegeben. Die hier nachgewiesene Medienberichterstattung fördert somit die Verfestigung dieser nationalen Wahrnehmungsgrenzen, indem sie die bekannten Frames bzw. dem Publikum bekannte Akteure zur Vermittlung der Informationen einsetzt.

### 4.3 Rezeption der Medieninhalte

Die Wirkung der Medienberichterstattung über die Darfur-Krise ist durch die Analyse der öffentlichen Meinung bestimmbar. Methodisch ideale Voraussetzungen böte eine international durchgeführte und vergleichbare Werte liefernde Umfrage zur aktuellen Krise – allerdings liegt bislang lediglich eine für die US-amerikanische Bevölkerung repräsentative Umfrage über den Sudan bzw. Darfur-Konflikt vor.<sup>6</sup>

6 Program on International Policy Attitudes: PIPA-Knowledge Networks Poll. Americans on the Crisis in Sudan, unter: [http://www.pipa.org/OnlineReports/Africa/Questionnaire07\\_20\\_04.pdf](http://www.pipa.org/OnlineReports/Africa/Questionnaire07_20_04.pdf) für Juli 2004 bzw. [http://www.pipa.org/OnlineReports/Africa/sudan/012405/Qnnaire01\\_24\\_05.pdf](http://www.pipa.org/OnlineReports/Africa/sudan/012405/Qnnaire01_24_05.pdf) für Dezember 2004 (21.3.2005).



Außerdem besteht in diversen Internet-Foren die Möglichkeit zur Abstimmung (CNN.com 2004) oder zur Kommentierung der Ereignisse (BBC News 2004). Die beiden letztgenannten Befragungen sind jedoch auf Internetnutzer beschränkt und bieten aufgrund der globalen Zugriffsmöglichkeiten keine Möglichkeit der nationalen Abgrenzung der Teilnehmer. Um dennoch einen Nachweis für die Rezeption der deutschen Medienberichterstattung zu erbringen, wurde unter den Studierenden des Lehrstuhls für Internationale Politik und Außenpolitik der Universität zu Köln eine eigene Umfrage durchgeführt. Zwischen dem 13. und dem 25. Oktober 2004 wurden 454 Personen schriftlich zur Darfur-Krise befragt.<sup>7</sup> Die auf der Basis eines standardisierten Fragebogens gewonnenen Daten sind zum einen auf die Erfassung deutschsprachiger Medien begrenzt und liefern eine erste exemplarische Schlussfolgerung der Medienrezeption bei Personen mit angenommenem überdurchschnittlichem Informationskonsum. Zum anderen gewährleistet die Befragung die Erfassung der gesamten Bandbreite der Medienrezeption und bleibt nicht nur auf Internetnutzer oder Zeitungsabonnenten beschränkt. Gleichwohl lassen sich aus den gewonnenen Daten keine repräsentativen Rückschlüsse für die deutsche Gesamtbevölkerung ziehen.

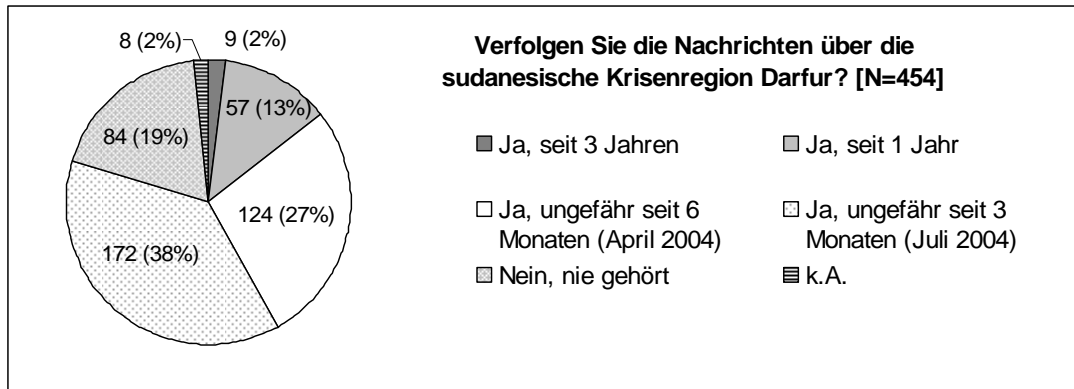
#### **4.3.1 Wahrnehmung Darfur-Krise**

Gemäß eigener Angaben der deutschen Befragten wurden die Meldungen zur Darfur-Krise am häufigsten (38 Prozent) seit Juli 2004 wahrgenommen (Abb. 10). 27 Prozent gaben an, die entsprechenden Nachrichten seit April 2004 zu verfolgen. Obwohl es im Oktober 2003 in der führenden deutschen Tageszeitung noch keine Nachrichten über die Darfur-Krise gegeben hatte, bezeugten immerhin 13 Prozent der Befragten, schon seit einem Jahr die Berichterstattung zu verfolgen. Unter Berücksichtigung der Schwierigkeiten subjektiver Einschätzungen über weit zurückliegende Ereignisse werden die Aussagen dieser 57 Befragten als plausibel gewertet und in die weitere Auswertung einbezogen.

---

<sup>7</sup> Der standardisierte Fragebogen sowie das Datenset der Ergebnisse sind unter <http://www.jaeger.uni-koeln.de/index.php?id=forschung> abrufbar. Für die intensive Vorbereitung und Erfassung der Fragebögen danken wir Katharina Holzfuß und Mischa Hansel vielmals!

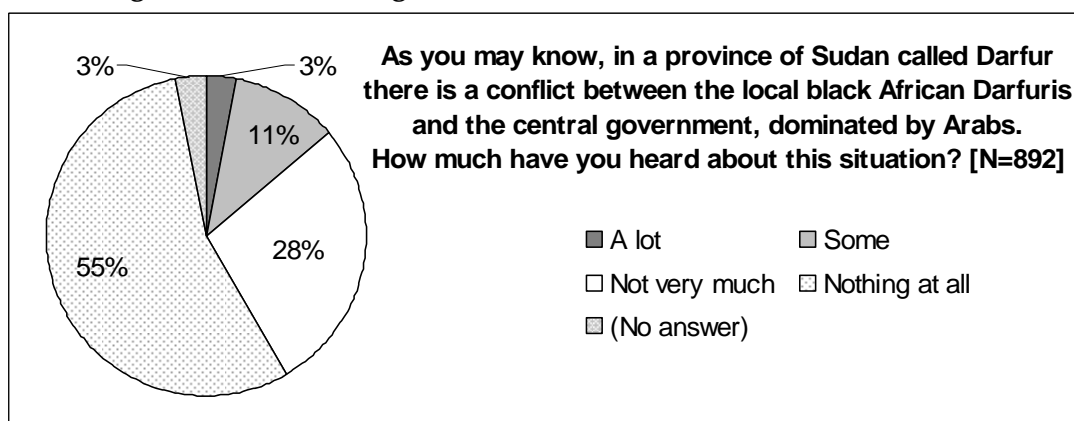
Abbildung 10 Wahrnehmung Darfur-Krise; eigene Erhebung



Eigene Erhebung; Oktober 2004

In den verwendeten Fragebögen wurde die Antwortmöglichkeit "seit 3 Jahren" bewusst eingefügt, um Verzerrungen der Angaben durch andere Konflikte, wie z.B. den seit über 20 Jahren währenden Bürgerkrieg zwischen den nördlichen und den südlichen Provinzen des Sudan zu minimieren. Lediglich zwei Prozent der Befragten stimmte dieser Antwortmöglichkeit zu. Diese neun Fälle – ebenso wie Fragebögen ohne Angabe und diejenigen, die keine Nachrichten zu Darfur wahrgenommen hatten – wurden von der weiteren Auswertung ausgeschlossen. Für die folgenden Analysen der Medienrezeption ergibt sich demnach ein Sample von 353 Fällen.

Abbildung 11 Wahrnehmung Darfur-Krise; USA



PIPA; Juli 2004

Die PIPA-Umfrage (Abb. 11) belegt für die US-amerikanische Bevölkerung eine geringere Wahrnehmung der Darfur-Berichte als in der von uns durchgeführten, nicht repräsentativen Befragung gemessen wurde. So geben 56 Prozent der Befrag-

ten an, noch nie etwas von diesem Konflikt gehört zu haben. Neben dem unterschiedlichen Selektionsmodus für die Fallauswahl kann diese Differenz auch noch eine andere mögliche Ursache haben: Die PIPA-Umfrage fand zu einem wesentlich früheren Zeitpunkt (9.-15. Juli 2004) statt, zu dem die Darfur-Berichterstattung in den USA ihren Höchststand noch nicht erreicht hatte.

Der Vergleich der tatsächlichen Medienberichterstattung (Abb. 1) mit der wahrgenommenen Berichterstattung der durch uns befragten Personen (Abb. 10) zeigt deutliche Übereinstimmungen: Im Juli 2004 gab es die für den Betrachtungszeitraum höchste Artikelfrequenz in der *FAZ*. Gleichzeitig gaben 38% der Befragten an, seit eben diesem Zeitpunkt die Nachrichten zur Darfur-Krise zu verfolgen. Ein zweiter Gipfel in der Verteilung der *FAZ*-Berichterstattung findet sich im Mai 2004. Dies deckt sich weitestgehend mit den Angaben von 27 Prozent der durch uns Befragten, die ungefähr seit April 2004 die Nachrichten über die Darfur-Krise verfolgen. Die deutlichen Übereinstimmungen zeigen außerdem, dass eine bestimmte Anzahl von Berichten für das Überschreiten der Wahrnehmungsschwelle selbst für das informierte Fachpublikum erforderlich ist. Für den US-amerikanischen Raum konnten die Nachrichtenmedien diese Wahrnehmungsschwelle im Juli 2004 offensichtlich noch nicht erreichen.

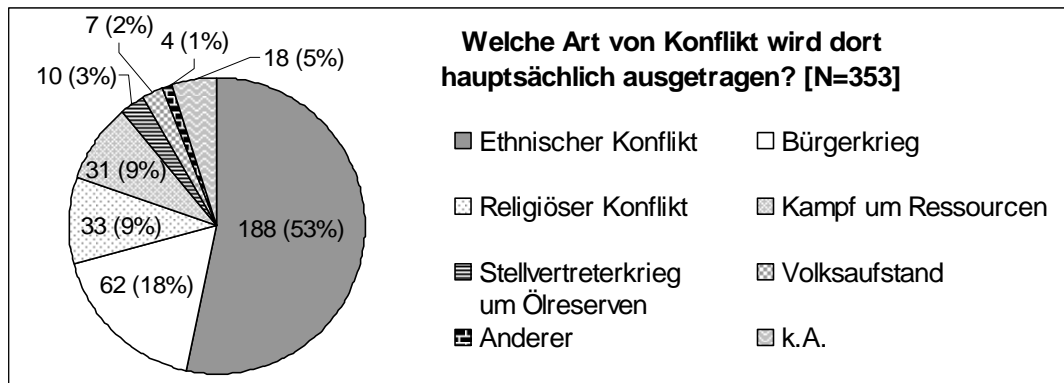
Dabei stellt die Zahl von 245 ausgewerteten Zeitungsartikeln eine willkürliche Auswahl dar, denn weitere Medienformen wurden in der Medienanalyse nicht berücksichtigt. Entscheidend ist aber der Trendverlauf: Die deutlichen Anstiege der Berichte im April und Juli 2004 (die parallel auch in anderen Medienformen erfolgt sind) erzeugten bei ca. 80 Prozent der durch uns Befragten bzw. bei 42 Prozent der US-amerikanischen Befragten die entscheidende Aufmerksamkeit für die Darfur-Krise und bilden damit die erforderliche Grundlage für die Diskussion von Lösungsalternativen.

#### **4.3.2 Wahrnehmung Konfliktart**

Nach der Art des wahrgenommenen Konflikts befragt, gaben über die Hälfte (53%) der durch uns Befragten an, die Darfur-Krise als ethnischen Konflikt wahrzuneh-

men (Abb. 12). 18 Prozent werteten den Darfur-Konflikt als Bürgerkrieg und die übrigen Befragten nannten keine oder andere Konfliktarten.

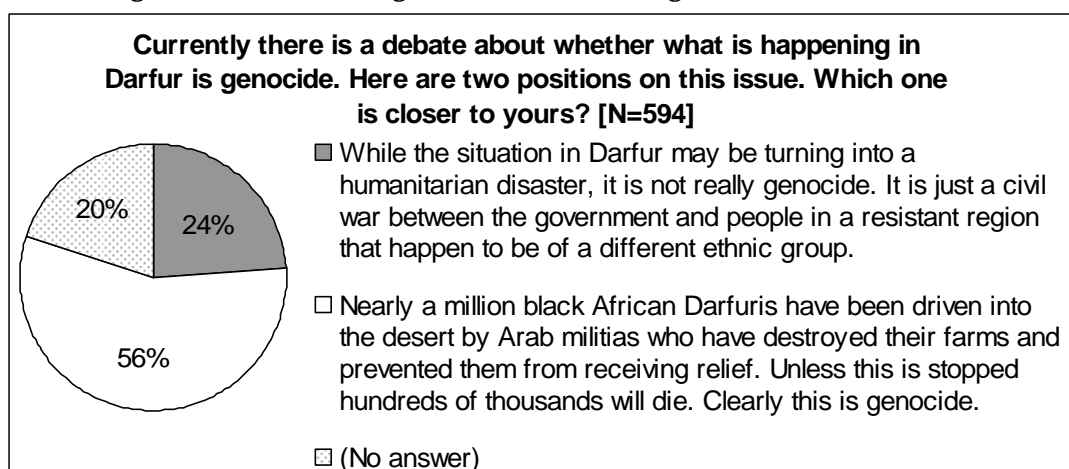
**Abbildung 12 Wahrnehmung Konfliktart; eigene Erhebung**



Eigene Erhebung; Oktober 2004

Die PIPA-Erhebung hat die vor der UNO geführte Debatte um die Konfliktbezeichnung "Genozid" in ihren Fragenkatalog aufgenommen (Abb. 13). Das Umfrageergebnis – 56 Prozent der Befragten bewerten den Konflikt als Genozid – kann jedoch nur eingeschränkt auf die Bevölkerungsgesamtheit der USA übertragen werden. Denn über die Hälfte der Befragten besaß keine Kenntnis über den Darfur-Konflikt (Abb. 11), also mussten die entsprechenden Antwortmöglichkeiten sehr ausführlich umschrieben werden.

**Abbildung 13 Wahrnehmung Konfliktbenennung; USA**



PIPA; Juli 2004

Der Vergleich der Medienberichterstattung und der durch die Umfragen gemessenen Medienwirkung zeigt, dass für den deutschsprachigen Raum das *framing* als innerafrikanischer Konflikt ohne internationale Beteiligung und ohne ausländischen Einfluss dominiert, denn der Konflikt wird hauptsächlich als ethnischer Kampf oder als Bürgerkrieg wahrgenommen. Ähnliche Übereinstimmungen zeigen die Ergebnisse der PIPA-Umfrage und die Medieninhalte der *NY Times*: die viermalige Bezeichnung des Konflikts als "Genozid" und die darüber hinaus gehende ausführliche Verbreitung dieser Genozid-Debatte im US-amerikanischen Leitmedium decken sich mit den Antworten der befragten US-Bürger.

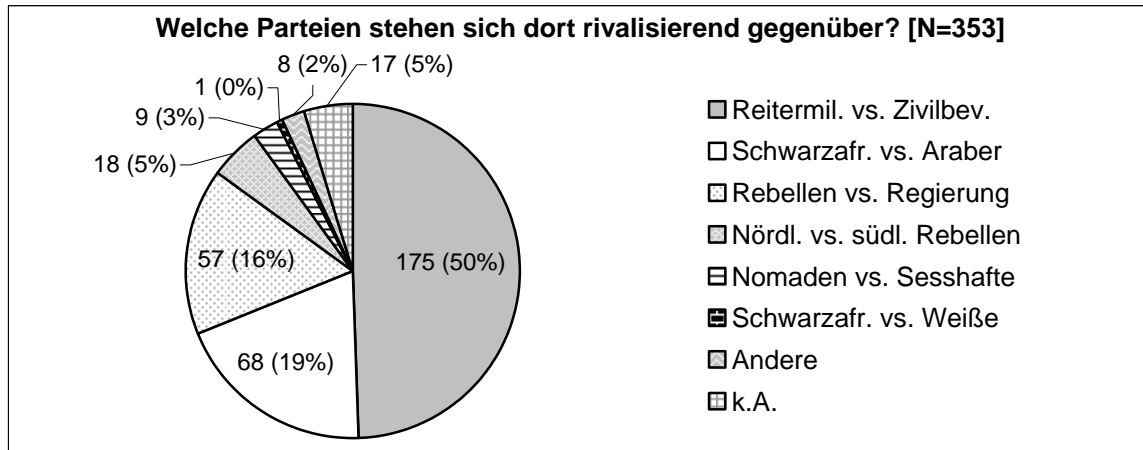
Somit ist zumindest ein Kriterium für Kausalität erfüllt – die Medienberichterstattung ist der Meinungsumfrage zeitlich vorgelagert.<sup>8</sup> Allerdings kann aus den vorliegenden Daten nicht abschließend beurteilt werden, ob das klare Votum für die Bezeichnung als Genozid aus der US-amerikanischen Medienberichterstattung oder aus der Fragestellung resultiert.

In der Befragung über die Konfliktparteien (Abb. 14) gaben 50 Prozent der von uns Befragten das Gegnerpaar "Reitermilizen vs. Zivilbevölkerung" an – lediglich 19 Prozent der Befragten sahen "Schwarzafrikaner und Araber" als die hauptsächlichen Kriegsparteien. Wenn man bedenkt, dass in der Mediencodierung unter der Kategorie "Schwarzafrikaner vs. Araber" die Benennung der Reitermilizen als Bestandteil der Konfliktparteien bereits eingeflossen ist (Abb. 5), so stellt die Wahrnehmung von entweder "Reitermilizen vs. Zivilbevölkerung" oder "Afrikaner vs. Araber" mit einem Gesamtanteil von 69 Prozent eine überdurchschnittliche Rezeption dieses ethnischen Medien-Frames dar.

---

8 Über die Genozid-Debatte wurde in der *NY Times* ab dem 12. Juni 2004 berichtet.

Abbildung 14 Wahrnehmung Konfliktparteien; eigene Erhebung



Eigene Erhebung; Oktober 2004

Der Frame "Rebellen vs. Regierung" wurde zwar von der *FAZ* noch häufiger als der ethnische Frame erwähnt, fand aber in der hier gemessenen Wahrnehmung mit nur 16 Prozent einen deutlich geringeren Niederschlag. Offenbar beeinflusst das thematische *framing* der Verhandlungsfortschritte (nur in diesem Zusammenhang werden "Rebellen vs. Regierung" als Konfliktparteien genannt) die individuelle Wahrnehmung weniger als das episodische *framing* des Konflikts anhand von Einzelschicksalen und anhand der Darstellung von den Leiden der Zivilbevölkerung (zum ethnischen und episodischen *framing* Iyengar/Simon 1997).

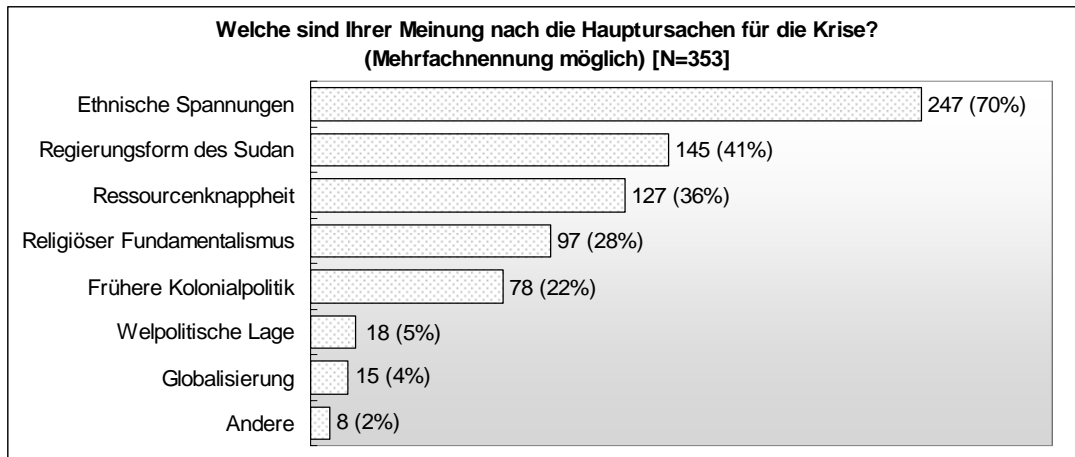
#### 4.3.3 Wahrnehmung Konfliktursachen

Im Gegensatz zu den in den Medien kaum thematisierten Konfliktursachen haben die von uns Befragten eindeutige Vorstellungen von den Gründen für die anhaltende Gewalt. Anhand von ergänzenden Medieninhalten und möglicherweise anhand von anderweitig erworbenem Orientierungswissen gaben 70 Prozent der Befragten als Hauptursache für den Darfur-Konflikt "Ethnische Spannungen" an. Obwohl bei dieser Frage multiple Antwortmöglichkeiten gegeben waren (und diese von 65 Prozent der Befragten genutzt wurden), wird die "ethnische" Ursache mit großem Abstand als Hauptgrund für den aktuellen Konflikt genannt.

Am zweithäufigsten nannten die Befragten die Regierungsform des Sudan als Konfliktursache (41 Prozent). Wenn man bedenkt, dass die sudanesisische Regie-

rung von allen untersuchten Medien als Hauptverantwortlicher für die berichteten Missstände identifiziert wurde, dann ist die vergleichsweise seltene Nennung der Regierungsform des Sudan in der durchgeführten Befragung entweder ein Hinweis auf die geringe *salience* dieses Aspekts oder ein Hinweis auf die Unterscheidungsfähigkeit der Umfrageteilnehmer. Ursachen für afrikanische Konflikte einerseits und Hauptverantwortung für deren Eskalation andererseits werden – vermutlich unter Einbeziehung des bereits vorhandenen Orientierungswissens – voneinander getrennt betrachtet.

**Abbildung 15** Wahrnehmung Konfliktursachen; eigene Erhebung



Eigene Erhebung; Oktober 2004

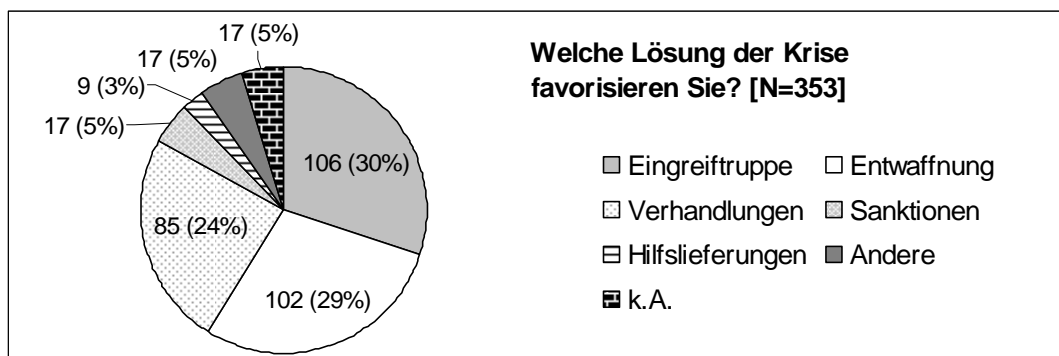
An der Zahl der Befragten, die in religiösem Fundamentalismus die Hauptursache für den Konflikt sehen (28 Prozent) ist aber auch erkennbar, wie die Überlagerung verschiedener Medieninhalte die Trennung zwischen den Ereignissen erschwert und in diesem Zuge zu einer gemischten Wahrnehmung führt: Im sudanesischen Bürgerkrieg zwischen den nördlichen und südlichen Provinzen spielen religiöse Gründe eine große Rolle. Die Konfliktparteien im Darfur-Konflikt hingegen sind alle muslimisch und unterscheiden sich hauptsächlich durch ihre Lebensform (sesshaft vs. nomadisch), die erst in den letzten Jahren mit ethnischen Attributen gleichgesetzt wurde (arabisch vs. schwarzafrikanisch; Waal 2004). Dennoch haben knapp ein Drittel der Befragten an dieser Stelle nicht mehr zwischen den einzelnen Konflikten im Sudan bzw. nicht zwischen ethnischer und religiöser Zuordnung der

Konfliktparteien unterschieden. Insgesamt zeigt sich bei der Betrachtung der Ursachen ein starker Rückgriff auf anderweitig erworbenes Orientierungswissen – sicherlich bedingt durch die geringe Berichterstattung über Ursachen der Darfur-Krise.

#### 4.3.4 Wahrnehmung Konfliktlösung

Den Abschluss unserer Erhebung bildete die Frage nach der Art sowie nach der Verantwortlichkeit für die Krisenlösung. Dabei spiegelte sich die fragmentierte Mediendarstellung von Lösungsmöglichkeiten auch in den Antworten der Befragten wider – drei etwa gleich große Gruppen befürworten die Lösungen "Eingreiftruppe", "Verhandlungen" bzw. "Entwaffnung". Die in der *FAZ* häufig angesprochene Sanktions-Lösung wurde von den Befragten deutlich seltener genannt (5 Prozent). Stattdessen sprachen sich 29 Prozent für eine Entwaffnung der Konfliktparteien aus – dies ist wiederum in der *FAZ* mit nur sieben Nennungen vergleichsweise wenig erwähnt worden.

Abbildung 16 Wahrnehmung Konfliktlösung; eigene Erhebung



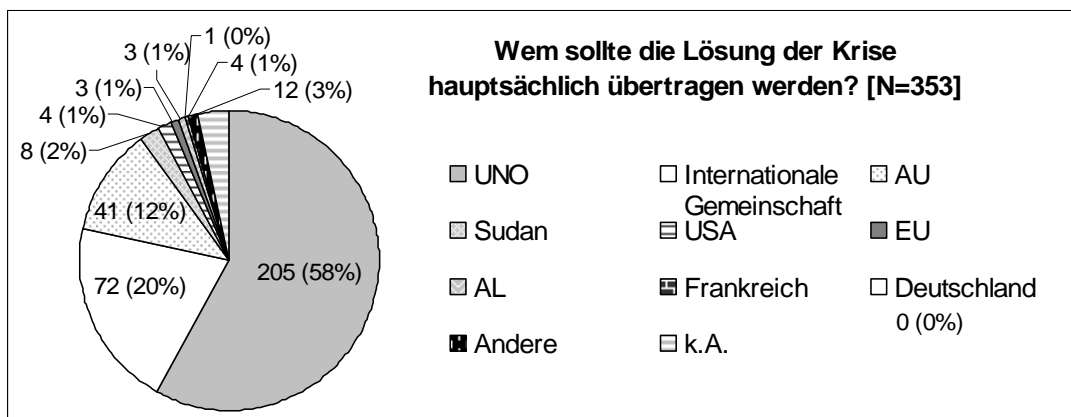
Eigene Erhebung; Oktober 2004

Die in der Mediendarstellung beobachtete Fokussierung auf nationale lösungsbeteiligte Akteure lässt sich für die Frage nach den gewünschten Lösungsverantwortlichen unter den von uns Befragten nicht bestätigen (vgl. Abb. 17). Die Ergebnisse zeigen vielmehr ein eindeutiges Votum für die Führungsrolle der UNO – 58 Prozent der Befragten gaben an, die Hauptverantwortung am besten in die Hände der Vereinten Nationen zu legen. Weitere 20 Prozent favorisieren die "Internationale Ge-



meinschaft" – eine Formulierung, die im öffentlichen Diskurs synonym mit der der UNO verwendet wird. Es sprechen sich demnach nahezu 80 Prozent der Befragten für eine Lösung der Krise unter einer möglichst breit gestreuten internationalen Organisation aus. Weitere 12 Prozent sehen die Afrikanische Union als idealen Krisenmanager – und entsprechen damit der tatsächlichen politischen Entwicklung. Eine Verantwortungszuweisung an Deutschland hat übrigens kein einziger der durch uns Befragten befürwortet.

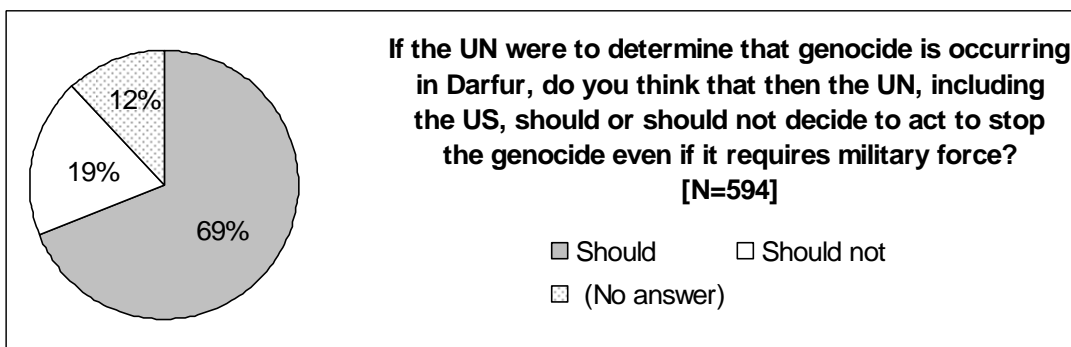
**Abbildung 17 Wahrnehmung Lösungsverantwortliche; eigene Erhebung**



Eigene Erhebung; Oktober 2004

Die US-amerikanische Öffentlichkeit wurde im Juli und im Dezember des Jahres 2004 nach ihrer Meinung zu einem Darfur-Einsatz unter der Leitung der UNO befragt (Abb. 18 und 19). Dabei sprachen sich über zwei Drittel der Befragten für einen Einsatz der UNO und damit auch für einen Einsatz von US-Truppen aus.

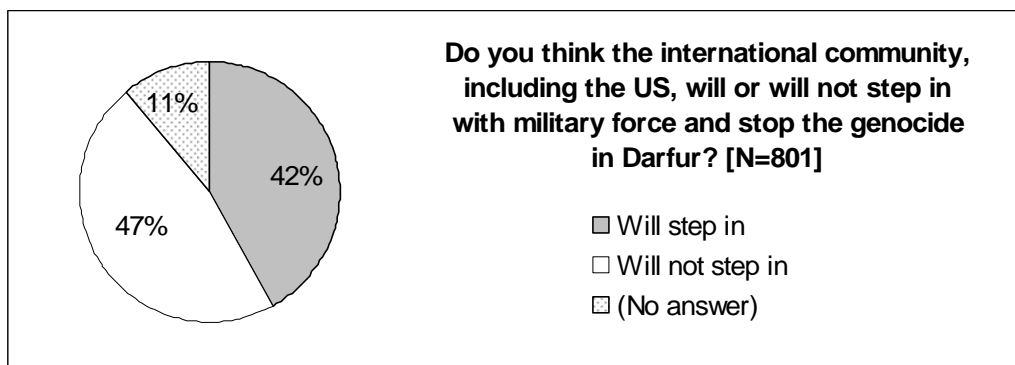
**Abbildung 18 Wahrnehmung UNO-Einsatz Konfliktlösung; USA**



PIPA; Juli 2004

Allerdings darf der Stellenwert solcher hypothetischen Fragestellungen nicht überbewertet werden. Bei einer zweiten Befragung fünf Monate später wurde die Wahrscheinlichkeit eines solchen Eingreifens als gering eingeschätzt – lediglich 42 Prozent der US-Amerikaner glauben, dass die "internationale Gemeinschaft" militärisch in den Darfur-Konflikt eingreifen wird (Abb. 19). Die Mehrheit der Befragten (47 Prozent) geht nicht davon aus und hat sich damit bis zum jetzigen Zeitpunkt als korrekterer Indikator für die politische Entwicklung erwiesen.

**Abbildung 19** Wahrnehmung UNO-Einsatz, Wahrscheinlichkeit; USA



PIPA; Dezember 2004

#### 4.4 Diskussion der Ergebnisse

Aus der Frequenzanalyse im ersten Teil der Untersuchung ist ersichtlich, wie die Medienberichterstattung über die Darfur-Krise vom reinen Agenda-Setting (Monate Dezember 2003 bis April 2004) in eine Diskussionsphase (ab Mai 2004) übergeht. In dieser zweiten Phase wurden vor allem die Möglichkeiten der Konfliktlösung debattiert und damit die Untätigkeit der internationalen Institutionen bzw. die mangelnde Versorgung durch Hilfsorganisationen kritisiert. Dadurch verlagerte sich die Berichterstattung auf untergeordnete Themen, wie die US-amerikanische Debatte um die Berechtigung des umstrittenen Internationalen Strafgerichtshofes zur Verurteilung eventuell gestellter Täter aus dem Sudan zeigt. Diese Diskussion von untergeordneten Themen ist ein Teil des Meinungsfindungsprozesses, bedeutet aber, dass die Aufmerksamkeit von den eigentlichen Problemen – dem Regime in Khartoum und den Leiden der Zivilbevölkerung – abgelenkt und auf die Funktionsweise

der verschiedenen nationalen und internationalen Institutionen gerichtet wird. Bedingt ist diese Diskursentwicklung durch die der Medienökonomie zugrunde liegende Wirkungsweise: "Geld gegen Aufmerksamkeit". Entweder nimmt die Aufmerksamkeit und damit die Berichterstattung über ein Thema ab, oder sie strebt in der Diskussionsphase eine neue Richtung und damit neue kontroverse Themen an. Die vorliegende Analyse zeigt, dass die Aufmerksamkeit für den Darfur-Konflikt hergestellt werden konnte – eine international einheitliche Wahrnehmung sowie ein gleichgerichteter Druck für die Lösung der Krise jedoch nicht. Die Informationsvermittlung über die verschiedenen Lösungsansätze unterliegt nach wie vor der jeweiligen nationalen Ausrichtung der Medienberichterstattung.

Die in der Medienberichterstattung am häufigsten verwendeten Frames (Fragestellung a) sind die Bezeichnung des Konflikts als eine Serie von Gewalttätigkeiten, die Zuweisung von Verantwortlichkeit an die sudanesishe Regierung sowie die Beschreibung der Folgen des Konflikts für die leidende Zivilbevölkerung.<sup>9</sup> Wenn es um konkrete Handlungsaufträge geht, wird an die "Internationale Gemeinschaft" bzw. an die "Welt" appelliert. Der Hauptakteur im Zuge der Krisenlösung sind den internationalen Medienberichten zufolge die Vereinten Nationen, gefolgt von den USA.

Vernachlässigte oder diffuse Frames sind hingegen bei den Konfliktbezeichnungen nachweisbar. Hier werden z.B. "Krieg" oder "Genozid" kaum in den Vordergrund gestellt. Auf die Konfliktursachen wurde nur in 12 Prozent der untersuchten Textabschnitte eingegangen – dadurch unterbleiben wichtige Informationen für die Rezipienten und die für eine erfolgreiche Konfliktlösung unabdingbare Betrachtung der Konfliktursachen wird nur oberflächlich vorgenommen.<sup>10</sup> In den einzelnen Artikeln werden zwar zahlreiche Lösungsmöglichkeiten vorgeschlagen, aber es findet keine Fokussierung auf eine bestimmte Handlungsoption statt – weder international übergreifend noch innerhalb der nationalen Medien.

---

9 Die besondere Salienz der Dschandschawid und der Leiden der Zivilbevölkerung in den westlichen Medien ist von Stefan Kröpelin als einseitige und unangemessene Berichterstattung kritisiert worden (Kröpelin 2004).

10 Dies ist auch an anderer Stelle belegt (Khalafalla 2005).

Die nachgewiesenen Frames zeigen zum Teil deutliche Fragmentierungen entlang nationalstaatlicher Grenzen (Fragestellung b):

- Die gemäß unserer Untersuchung weitgehend vernachlässigten *Konfliktursachen* werden noch am häufigsten von *Le Monde* aufgegriffen.
- Die *Appelle* zur Lösung des Konflikts richten sich (neben allgemeinen Aufrufen an die Internationale Gemeinschaft) bei *NY Times* und *Times (London)* an die jeweils eigenen Regierungen, die *FAZ* mahnt die Regierung des Sudan zum Handeln.
- Die verheerenden *Auswirkungen* des Darfur-Konflikts werden vor allem dem US-amerikanischen Publikum mit der episodischen Beschreibung von Einzelschicksalen äußerst dringlich vermittelt.
- Die *Benennung des Konflikts* erfolgt in der *Times (London)* verstärkt als "humanitäre Katastrophe", während die *FAZ* von "Krisengebiet" oder "Krisenprovinz" spricht.

Am deutlichsten manifestieren sich die nationalen Unterschiede bei den Codes *Konfliktparteien* und *Lösungsbeteiligte Akteure*:

- Die stets auf zwei Blöcke verengten *Konfliktparteien* der kontinentaleuropäischen Medien *Le Monde* und *FAZ* sind hauptsächlich die "Rebellen" gegen die "Regierung"; in den angelsächsischen Medien *NY Times* und *Times (London)* wird der Konflikt als Kampf zwischen "Arabern" und "Schwarzafrikanern" interpretiert, wobei zwar die *FAZ* dieses Konfliktmuster ebenfalls bedient, jedoch mit Schwerpunkt auf dem erstgenannten Bürgerkriegs-Frame.
- Die *Lösungsbeteiligten Akteure* divergieren noch stärker zwischen den vier betrachteten Medien. Zunächst erwähnen die europäischen Zeitungen *FAZ*, *Le Monde* und *Times (London)* wesentlich häufiger die Aktivitäten der UNO im Gegensatz zur US-amerikanischen *NY Times*. Für deren Rezipienten sind es dann ausschließlich die USA, die sich im Darfur engagieren – europäische Akteure werden überhaupt nicht genannt. Die *FAZ* erwähnt neben der UNO auch Akteure aus der (eigenen) deutschen Regierung sowie Anstrengungen

durch Repräsentanten der EU. Die *Times (London)* fokussiert neben der UNO ebenfalls die (eigenen) britischen Akteure. Einzig die Rezipienten von *Le Monde* erfahren häufiger von den Anstrengungen der Afrikanischen Union als von denen der (eigenen) französischen Regierung.

Die Frage nach der Katalyse der Krisenlösung durch die Medienberichterstattung (Fragestellung c) muss daher negativ beantwortet werden – divergierende Lösungsansätze in jedem der vier untersuchten Länder konnten nicht zu einer international einheitlichen Wahrnehmung in der öffentlichen Meinung und somit auch nicht zu ausreichend politischem Druck für eine Lösung der Darfur-Krise führen.

## 5 Fazit und Ausblick

Unsere Hypothese der heterogenen Medienberichterstattung hat durch die Untersuchung in weiten Teilen Bestätigung erfahren. Allerdings kann der angestrebte Rückschluss von der Medienberichterstattung auf die öffentliche Meinung und auf den sich dadurch ergebenden Handlungsdruck für die politischen Akteure an dieser Stelle nicht mit letzter Gewissheit gezogen werden. Denn die hierfür untersuchte öffentliche Meinung zeigt zwar einige Gemeinsamkeiten, die vorliegenden Daten wurden jedoch zu selektiv erhoben, als dass sich aus den Ergebnissen ein vollständiges transatlantisches Meinungsbild erschließen kann.

In der Medienanalyse konnten wir drei Strömungen identifizieren: (1) die relativ einheitliche Medienberichterstattung in den Bereichen Umfang und Themenauswahl, (2) die entlang nationalstaatlicher Grenzen fragmentierte inhaltliche Ausrichtung und (3) die uneinheitliche Medienberichterstattung.

Ein wichtiges Ergebnis innerhalb der ersten Strömung ist der relativ zeitgleiche Beginn der Berichterstattung über die Ereignisse in Darfur, wobei die Initiatorrolle von *Le Monde* besonders hervorzuheben ist. Auch das Ansteigen der veröffentlichten Artikel geschieht in allen vier untersuchten Zeitungen in einem ähnlichen Verhältnis, so dass die Rezipienten dieser Medien gleichermaßen Kenntnis über die

nicht ihrem persönlichen Erfahrungsraum zugehörigen Ereignisse in Darfur besitzen. Weiterhin wurden in allen vier untersuchten Medien die Auswirkungen für die Zivilbevölkerung, die Schuldzuweisungen an die sudanesisische Regierung und die Appelle an die Internationale Gemeinschaft mit größtenteils übereinstimmenden Fakten berichtet.

Hingegen zeigt sich in der zweiten Strömung die Fokussierung der Medien auf das jeweilige nationale Publikum und damit auf die für den Produktabsatz relevante Aufmerksamkeitsverteilung in den Kategorien *Lösungsbeteiligte Akteure* und *Konfliktparteien*. Diese Darstellungen weisen intra-nationale Homogenität, aber internationale Heterogenität auf und belegen damit deutlich die Fragmentierung von Frames entlang nationalstaatlicher Grenzen.

Davon unterscheidet sich die dritte Strömung, die die intra-national fragmentierten Kategorien *Konfliktbenennung*, *Konfliktursache* und *Lösungsvorschläge* umfasst. Diese wurden in einer zu großen Meinungsbreite diskutiert, als dass dadurch eine national einheitliche Wahrnehmung der Themen Konfliktbenennung und Krisenlösung entstehen könnte. Im Gegensatz zur Berichterstattung im Vorfeld des Irak-Kriegs kann man für die Darfur-Krise keinen Prozess des *groupthink* zwischen den relevanten Entscheidern beobachten. Die notwendige Verengung der Handlungsoptionen z.B. auf das Szenario "Intervention – ja oder nein" hat in diesem Fall nicht stattgefunden. Unsere Meinungsumfrage zu möglichen Lösungsansätzen (Abb. 16) belegt die fragmentierte Wahrnehmung selbst in einer relativ homogenen Gruppe deutschsprachiger Medienrezipienten.

Für besonders relevant erachten wir die zweite identifizierte Strömung der inhaltlichen Fragmentierung entlang nationalstaatlicher Grenzen, da sie die unterschiedliche Wahrnehmung der Lösungsmöglichkeiten noch einmal verdeutlicht: So erwähnen die drei europäischen Tageszeitungen neben zahlreichen Nennungen der UNO die Beteiligung US-amerikanischer Akteure an einer Lösung in 17 Artikeln. Umgekehrt werden die Europäische Union oder andere europäische Akteure durch die US-Medien in keinem der analysierten Artikel erwähnt. Die Medienberichter-

stattung und das vorhandene Orientierungswissen stabilisieren sich durch ihre Nachfrageabhängigkeit gegenseitig und spiegeln somit die transatlantischen Entwicklungen wider: Ohne entscheidende Bemühungen durch die USA wird sich der Konflikt nicht nachhaltig lösen lassen.

Als problematisch erweist sich auch das wiederholte Auftreten von UNO-Frames: Sowohl *Appelle* und die Darstellung *Lösungsbeteiligter Akteure* als auch die Zuweisung von Verantwortung in der Befragung deuten am häufigsten auf eine Konfliktlösung durch die UNO hin. Gleiches äußert sich in den beiden analysierten Umfragen. Im Gegensatz zu diesem Eindruck steht allerdings die tatsächliche Entwicklung, nämlich dass die Afrikanische Union die bislang weitestgehenden Bemühungen zur Lösung der Darfur-Krise unternommen hat. Diese Diskrepanz zeigt auch die Neigung der Öffentlichkeit zu einer Krisenlösung, die ein Höchstmaß an Legitimität gewährleistet (UN-Mandat) und die Neigung der politischen Entscheider zu einer pragmatischen Lösung, nämlich die Beauftragung der Regionalorganisation Afrikanische Union mit der Krisenlösung (Tetzlaff 2004: 88). Offenbar ist aber die Afrikanische Union in der westlichen Wahrnehmung noch nicht als vollwertiger Akteur verankert. Frankreich ist historisch bedingt sehr eng mit dem afrikanischen Geschehen verbunden, aber in Deutschland, Großbritannien und den USA wurde diese Lösungsvariante unzureichend vermittelt.

Für eine ausführliche Diskussion der Darfur-Krise stand in der Medienberichterstattung bis zum September 2004 kein ausreichender Raum zur Verfügung. Die Geschehnisse im Irak, die Präsidentschaftswahlen in den USA (in denen das Thema Darfur eine geringe Rolle spielte) sowie die verheerenden Naturkatastrophen des Jahres 2005 konkurrierten neben der Darfur-Krise und anderen internationalen Themen um die Aufmerksamkeit der Medienrezipienten. Durch die britische und amerikanische Militärpräsenz im Irak fordert in diesen Ländern niemand ernsthaft die Entsendung weiterer Bodentruppen in den Sudan. Der kritische "wake-up-call" – der Moment, in dem eine ausreichende Menge von Staaten eine gemeinsame Strategie berät (Slim 2004: 815) – wurde bislang durch die starke The-

menkonkurrenz auf dem medialen Aufmerksamkeitsmarkt verhindert. Dennoch ist das Thema Darfur nicht aus den internationalen Medien verschwunden. Schilderungen von Hilfsorganisationen, Lageberichte verschiedener Sonderbeauftragter und nicht zuletzt die Bemühungen um einen Frieden zwischen dem nördlichen und südlichen Teil des Sudan bringen den Darfur-Konflikt immer wieder in die Schlagzeilen. Aber zu einer Diskussion einer effektiven Lösung der Krise konnte diese Art der Medienberichterstattung noch nicht führen.

## 6 Literaturverzeichnis

Altheide, David L. (1996). *Qualitative Media Analysis*. Thousand Oaks, CA: Sage.

Altheide, David L. (2002). *Creating Fear. News and the Construction of a Crisis*. New York: de Gruyter.

Ammon, Royce J. (2001). *Global Television and the Shaping of World Politics. CNN, Telediplomacy, And Foreign Policy*. Jefferson, NC./London: McFarland.

*Auswärtiges Amt* (2005): Der Darfur-Konflikt im Sudan, unter:

[http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/aussenpolitik/regionalkonzepte/afrika/darfur\\_html#5](http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/aussenpolitik/regionalkonzepte/afrika/darfur_html#5); 23.9.2005.

Bar-Tal, Daniel (2000). *Shared Beliefs in a Society. Social Psychological Analysis*. Thousand Oaks, CA: Sage.

*BBC News* (2004). Can the UN achieve peace in Sudan? unter:

<http://news.bbc.co.uk/1/hi/world/ africa/4022071.stm>; 20.12.2004.

Bonfadelli, Heinz (2002). *Medieninhaltsforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen*. Konstanz: UVK-Verlagsgesellschaft mbH.



- CNN.com (2004). QuickVote. Who should take the lead in resolving the conflict in Darfur, Sudan? <http://www.cnn.com/SPECIALS/2004/sudan/>; 16.11.04.
- Codebuch, Fragebogen und Datenset der Befragung (2005). <http://www.politik.uni-koeln.de/jaeger/forschung/darfur.html>.
- Die Zeit, 30.5.2005. Frieden oder Katastrophe?, Politik. unter: <http://zeus.zeit.de/text/2005/22/Darfur>, 21.9.2005.
- Edwards, Lee (2001). Mediapolitik. How the Mass Media have transformed World Politics. Washington, D.C.: Catholic University of America Press.
- Entmann, Robert M. (1993). Framing. Toward Clarification of a Fractured Paradigm. *Journal of Communication*, 43:4, 51-58.
- Gilboa, Eytan (ed.) (2002). Media and Conflict. Framing Issues, Making Policy, Shaping Opinions. Ardsley, NY: Transnational Publishers Inc.
- Graber, Doris A. (2002). Mass Media and American Politics. Washington, D.C.: CQ Press.
- Hersh, Seymour M. (2004). Die Befehlskette: Vom 11. September bis Abu Ghraib. Reinbek: Rowohlt.
- Iyengar, Shanto/Simon, Adam (1997). "News Coverage of the Gulf Crisis and Public Opinion. A Study of Agenda Setting, Priming, and Framing". In: Iyengar, Shanto/Reeves, Richard (eds.). Do the Media Govern? Politicians, Voters, and Reporters in America, Thousand Oaks, CA: Sage, 248-257.
- Jäger, Thomas/Viehrig, Henrike (2005). Medienpräsenz und Aufmerksamkeitssteuerung. Die Flutkatastrophe und ihre politischen Folgen. *Vorgänge*, 169:1, 11-19.
- Janis, Irving L. (1982<sup>2</sup>). Groupthink: Psychological Studies of Policy Decisions and Fiascoes [1972]. Boston: Houghton Mifflin.

Khalafalla, Khalid Y. (2005). Der Konflikt in Darfur. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 4, 40-46.

Kröpelin, Stefan (2004). Spielball der Mächtigen. *Frankfurter Rundschau*, 14.10.2004, 9.

Kurtz, Howard (2004). The Post on WMDs. An Inside Story. *Washington Post*, 12.8.2004, A01.

Laue, Theodore H. v. (1987). *The World Revolution of Westernization. The Twentieth Century in Global Perspective*. New York: Oxford University Press.

*Le Monde*, 26.4.2004. On sait, Editorial.

*NATO Update*, 24.8.2005. 1,300 African Union peacekeepers airlifted to Darfur, unter: <http://www.nato.int/docu/update/2005/08-august/e0803a.htm>, 21.9.2005.

Neu, Alexander S. (2004). *Die Jugoslawien-Kriegsberichterstattung der Times und der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Ein Vergleich*. Baden-Baden: Nomos.

*NZZ*, 12.3.2005. Verworrene Fronten in Darfur, *Ausland*, 7.

*NZZ*, 18.7.2005. Darfurs Rebellen wollen sich versöhnen, *Ausland*, 3.

PIPA – Program on International Policy Attitudes. PIPA-Knowledge Networks Poll. Americans on the Crisis in Sudan, unter: [http://www.pipa.org/OnlineReports/Africa/Questionnaire07\\_20\\_04.pdf](http://www.pipa.org/OnlineReports/Africa/Questionnaire07_20_04.pdf) für Juli 2004 bzw. [http://www.pipa.org/OnlineReports/Africa/sudan/012405/Onnaire01\\_24\\_05.pdf](http://www.pipa.org/OnlineReports/Africa/sudan/012405/Onnaire01_24_05.pdf) für Dezember 2004, 21.3.2005.

Robinson, Piers (2002). *The CNN Effect. The myth of news, foreign policy and intervention*. London/New York: Routledge.

- Semetko, Holli A./Valkenburg, Patti M. (2000). Framing European Politics: A Content Analysis of Press and Television News. *Journal of Communication*, 50, 93-109.
- Slim, Hugo (2004). Dithering over Darfur? A preliminary review of the international response. *International Affairs*, 80:5, 811-828.
- Süddeutsche Zeitung*, 5.1.2005. Afrikas apokalyptische Reiter, Politik, 10.
- Straus, Scott (2005). Darfur and the Genocide Debate. *Foreign Affairs*, 84:1, 123-133.
- Strauss, Anselm (1974). Spiegel und Masken. Die Suche nach Identität. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Tehrani, Majid (1999). Global Communication and World Politics. Domination, Development, and Discourse. Boulder, CO: Rienner.
- Tetzlaff, Rainer (2004). "Genozid in Afrika. Darfur: fernbleiben oder sich einmischen?", *Internationale Politik*, 59:11-12, 87-94.
- Tyler, Patrick E. (2003). A New Power in the Streets. *New York Times*, 17.2.2003, A1.
- UNMIS (2005): United Nations Mission in the Sudan. Facts and Figures, unter: <http://www.un.org/Depts/dpko/missions/unmis/facts.html>, 21.9.2005.
- Waal, Alex de (2004). Wie die Fur zu Afrikanern wurden. *Le Monde Diplomatique*, 10.9.2004, 14-15.
- Weller, Christoph (ed.) (2004). Friedensgutachten. Münster.
- Winkler, Hartmut (2004). Diskursökonomie. Versuch über die innere Ökonomie der Medien. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Zurcher, Louis A. (1977). The Mutable Self. A Self-Concept for Social Change. Beverly Hills, CA: Sage.